

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,50 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark 50 Pf. Monat. Stuttgart. In der Post-Verwaltung. Preisliste für 1893 unter Nr. 6706.

# Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfzehntägige Zeitstelle oder deren Raum 40 Pf., für Wiederholungs- und Fortsetzungs-Insertionen 20 Pf. Insetate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortl. Redakteur: Amt I, Nr. 4186.

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Mittwoch, den 1. Februar 1893.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

### Der Bergarbeiter-Ausstand im Saar- und Ruhrgebiet.

Aus Gelehrtenkreisen wird uns geschrieben: Die „öffentliche Meinung“, soweit sie ihre Quelle in der bürgerlichen Parteipresse hat, stellte sich dem Streik schroff entgegen. Solche Löhne! — und eine solche böswillige Widerspenstigkeit, mitten im dunklen, kalten Winter, wo die Steinkohlen so nothwendig sind, wie das liebe Brot! Der wadere Herr von Stumm hatte ganz Recht; fortjagen hätte man sie sollen, alle miteinander — wenn nur jemand anders da wäre, der der fröstelnden Kulturmenscheit die lieben Steinkohlen zu Tage förderte! — Ja — ihr guten Kasino-Philister, holt doch selbst einmal das kostbare schwarze Gut aus der stidigen und finsternen, Tod und Verderben drohenden, heimtückischen Tiefe! Dann wird Euch der Lohn vielleicht nicht mehr so hoch erscheinen. Gesundheit und Leben verkauft man niemals zu hoch. —

Doch waren die Löhne, welche die Bergleute im Saarrevier bezogen, auch im allgemeinen nicht so hoch, daß man sich das „tägliche Brot“ im Sinne der Lutherischen Auslegung der vierten Bitte dafür hätte kaufen können, so waren sie doch andererseits auch nicht so niedrig, daß sie nicht vor dem leidenschaftlichen Hunger geschützt hätten. Und so mögen alle die Recht haben, welche diesen Streik nicht aus der Wagenfrage heraus rechtfertigen können und wollen, weil sie von vorn herein einen standesgemäßen Unterschied zwischen Kasino-Wagen und dem Volksküchen-Wagen als für das Wohl der Menschheit unerlässlich ansehen. Außer dem leiblichen Hunger giebt es aber auch noch einen anderen Hunger. Dieser andere Hunger aber war der Hauptbeweggrund in dem jüngsten Ausstand, und das macht denselben zu einem bemerkenswerthen Symptom für den inneren Fortschritt der betroffenen Bergarbeiterschaft. Wir meinen den Hunger nach Recht! —

Die Bewegung im Saarbrücker Grubenrevier kennzeichnet sich als ein praktischer Zusammenstoß der alten Lehre vom Befehlsrecht des Arbeitsherrn und der Gehorsamspflicht des Arbeitknechtes auf der einen Seite und der neuen Lehre von der vollen Rechtsgleichheit auch im Wirtschafts- und Erwerbsleben auf der anderen Seite. Das Evangelium von der Menschenfreiheit und Manneswürde im freien Arbeitsvertrag ist in Widerstreit gerathen mit der altherwürdigen Ueberlieferung von dem väterlichen Wohlwollen und der kindlichen Entfagung im gottgewollten Dienstverhältnis. — Einen „Rechtsschutzverein“ haben die Bergleute gegründet! Welche Beleidigung liegt schon in dem bloßen Namen für die alte Heilslehre vom Zwangspatriarchat! Wie können Bergleute, Menschen ohne höhere Bildung, die im Dienste der Staatsregierung stehen und noch dazu auf der untersten Stufe des Beamtenthums, wie können die von ihrem „Recht“ reden gegenüber einer hohen, von akademischer Weisheit und delorirter

Machtbefugniß geschwellten Behörde! Und dieses „Recht“ gar noch vor den wohlmeinenden Anordnungen der hohen Behörde „schützen“ zu wollen! Das geht denn doch weit über das Maß des Erlaubten hinaus! Was fordern sie denn, diese unverschämten Menschen? — Abänderung der Lohnbestimmungen zur Verhütung willkürlicher Lohnfällungen, Schutz gegen einseitige Geldstrafenverhängungen und sonstige Maßregelungen, Nichteingührung der Lehrhauer-Neuerung, Abänderung der Bestimmungen über den Arbeiterauschuss im Sinne einer unabhängigen, energischen Vertretung der Interessen der Mannschaft, baldigste Errichtung von Gewerbe-gerichten und dergleichen. Um solche und ähnliche Dinge dürfte man höchstens bitten als um unverdiente Wohlthaten und Gunsterweisungen; aber selbst das Bitten beweise einen gänzlichen Mangel an Untergebenen-Bescheidenheit und Diener-Demuth. Und nun gar auf einem anderen als dem instanzmäßigen Wege der allerunterthänigsten Bitte vorzugehen; ihr „Recht“ gar erzwingen zu wollen! — Das ist einfach eine Unverschämtheit: Anfahren, dann verhandeln! — und auch dann nicht etwa über die gegenwärtig in Frage kommenden Beschwerden! —

Wer in den Dienst eines Arbeitsherrn tritt, der verkauft nicht nur seine Arme und Beine, sondern auch Herz und Hirn. Einen Hungerstreik hätte man den Bergleuten zur Noth verziehen, aber einen Rechtsstreik, einen Rechtsstreik gar gegen die hohe Staatsregierung! — Nein, soweit sind wir noch lange nicht in unserem „modernen Rechtsstaat“. Da haben die Bergleute an die große Frage gerührt, die unsere Zeit bewegt! Sie haben nach der Frucht der Erkenntniß gegriffen, die noch nicht gepflückt werden darf, und die zu begehren das Verbrechen der bösen Sozialdemokratie ist. Geht das persönliche Menschenrecht über das kapitalistische Macht-recht? Darf der Arme vom Reichen sein Recht fordern, oder darf er ihn nur um ein Almosen bitten? Steht der Wahlspruch: Bedingungslose Gerechtigkeit höher als das Aushängeschild: Nächstenliebe unter Vorbehalt? — Das ist die große Frage.

Im Sinne der vom Abg. von Stumm und Genossen erhobenen, oberflächlichen Anklagen hat die Sozialdemokratie nicht Schuld an dem in Saar- und Ruhrrevier geführten Ausstand; sie hat ihn nicht, wie jene behaupteten, veranlaßt. Sie hielt ihn aus taktischen Gründen und Verunsicherungen für ein unkluges Beginnen, und der Verlauf hat ihr Recht gegeben. — Aber in tieferem Sinne trifft die Sozialdemokratie doch die Schuld an dieser Bewegung, denn sie hat sie verursacht. Diese „Schuld“ aber trägt die Sozialdemokratie leicht, denn sie ist in höherer Auffassung ein Verdienst. Es ist das Verdienst der sozialdemokratischen Partei, daß durch ihr rastloses Arbeiten und Wirken die sozialistischen Wahrheiten immer weiteren Kreisen der Arbeiterschaft zum Bewußtsein kommen. So mußte auch in der Bergarbeiterschaft das Gefühl für die menschlichen Hoheits-

rechte sich zu immer klarerer Erkenntniß emporringen. Auch sie mußte immer tiefer die Wahrheit des Shakespearschen Satzes empfinden, daß der Mensch, der nur so viel hat, als er braucht, ein Thier ist. Es ist eine gesunde und hochbedeutsame Entwicklung, die einen großen Theil der Bergarbeiterschaft dahin gebracht hat, daß sie um Güter willen, welche über die bloße leibliche Selbsterhaltung hinaus ihrer höheren menschlichen Fortbildung dienen, in einen so gefährlichen Kampf einzutreten die Kraft fand. In einem Kampf um die Werthung der Arbeit gehört die Triebkraft der Noth; zu einem Kampf um die Würde des Arbeiters gehört darüber hinaus noch die Schwungkraft der Begeisterung! —

Die Arbeiter an der Saar sind unterlegen, ohne das Geringste von ihren Forderungen durchgesetzt zu haben. Ihre aufopferungsfreudigen Kameraden an der Ruhr sind dem gleichen Geschick verfallen. Das Herrenrecht hat wieder einmal triumphirt; die Kasino-Gesellschaft hat sich wieder einmal beruhigt. Der Historiker aber, dessen Blick nicht durch die goldene Brille ererbter Vorurtheile und Vorthelle getrübt ist, macht sich ein Werkzeug an Zeit und Ort jener Bewegung, um nicht zu ver-gessen, daß auch dort Kräfte zu Tage getreten sind, die mit jeder Niederlage tiefer einzuwurzeln und höher empor-wachsen, bis sie eines Tages mit unwiderstehlicher Gewalt jedes Hinderniß aus ihrer Entwicklungsbahn hinweg-schleudern.

### Vom italienischen Panama.

Italia, Italia, was hast du für Canaglia, heißt es in einem deutschen Studentenliede von den italienischen Panzen und Flößen. Aber neben der sechsbeinigen Canaglia giebt es auch zweibeinige dort, und la bella Italia besteht darauf, zu zeigen, daß sie in dieser Beziehung nicht unebenbürtig dasteht neben la bella Franco von Panama und neben der zächtigen Germania der Gottesfurcht, der frommen Sitte und des Welsensbonds.

Italien läßt sich sein Papiergeld fabriciren von sechs Banken, zwei toscanischen, einer neapolitanischen, einer sizilianischen und zwei römischen: Banca Romana und Banca Nazionale. Die Banknoten dieser sechs privilegirten Banken haben kurz als vollgiltiges Zahlungsmittel durch ein Gesetz, das vor einigen Jahren abließ, dann von Jahr zu Jahr, bis zum 31. Dezember 1892, und endlich auf drei Monate bis 31. März 1893 verlängert wurde.

Schon unter dem Ministerium Crispien wurde 1889, im Hinblick auf die nöthig werdende Erneuerung dieses Bankprivilegiums, und von wegen umlaufender beunruhigender Gerüchte, eine Untersuchung über die Geschäftsführung dieser Banken befohlen. Die Banca Nazionale wurde untersucht vom Senator Consiglio, die Banca Romana vom Senator Alvisi, einem ehrsüchtigen Manne, dem als Sachverständiger ein tüchtiger Beamter des Finanzministeriums, Biagini, beigegeben wurde. Was Consiglio entdeckt hat, darüber ist bis jetzt nichts bekannt geworden; von dem Bericht Alvisi's nebst allen

welche aus ihrer Volkschaft athmete, fand in seinem Herzen mächtigen Wiederhall. Wie konnte er eine Reibung oder ein Mißverständnis bei Leuten für möglich halten, die daran denken konnten, ihn, der den meisten von ihnen persönlich ein Fremder war, zu schonen, während sie selbst im Feuer standen?

Er schmeichelte sich nicht einen Moment, daß in ihm selbst etwas war, das diese Rücksicht verdiente. Obgleich er eben erst das Mannesalter erreicht hatte, so hatte ihn doch die Frühreise seines Geistes und seine bedeutenden Erlebnisse mit einer Erfahrung ausgestattet, welche für einen um zehn Jahre älteren Menschen vollkommen genügt hätten. Mit 27 Jahren war er ein gefeierter Mann, welcher das Alter der Illusionen lange hinter sich hatte. Die Güte seiner Freunde steigerte nicht seine Eitelkeit. Sie war die Großmuth der Zuneigung, welche ihre Gaben nicht mißt. Er nahm sie als gutes Zeichen mit Erkenntlichkeit und heller, reiner Freude entgegen. Ja, das ist der Fels, auf den ihre Kirche erbaut wurde und die Hölle soll sie nicht überwältigen.

Andrej löschte seine Lampe. Er war im Begriff, obwohl Mitternacht längst vorüber war, einen kleinen Spaziergang ins Freie zu unternehmen. Das Mondlicht lag auf den weißen Bouleaux seiner Fenster. Wohin wollte er? Er konnte den See bei dieser phantastischen Beleuchtung, den Genfer See mit seinen Wässern, seinem leichten, kaum merkbar Wellenschlage, den ragenden Hügel und den hängenden, mauerumfahnen Wein- und Obstgärten seiner Gestade — sollte er sich jetzt, den Uferpfaden folgend, diesen Anblick zum letzten Mal gönnen?

Nein! Schon allzu lange hatte er hier in müßiger Ruhe die Schönheiten der Natur bewundert, während seine Freunde und Genossen den Kelch der Bitterkeit bis zur

### Feuilleton.

#### Die Laufbahn eines Nihilisten.

Von S. Stepniaf.

Autorisirte Uebersetzung.

Frei ins Deutsche übertragen von Bertha Braun.

Nach längerer Pause war nun die unterdrückte revolutionäre Bewegung wieder mit doppelter Festigkeit ausgedrochen, und Andrej's Durst, sich aktiv an den Kämpfen zu betheiligen, erwachte von neuem. Auf ein abermaliges beredtes Besuch von seiner Seite erhielt er nach einigen Wochen des Wartens Gregor's Brief als Antwort.

„Endlich denn!“ wiederholte er, indem er stehen blieb, mit eigenthümlich ruhiger Stimme. Ein Anflug von Melancholie lag im Tone dieser Worte. Was machte ihn melancholisch? Die Verhaftung von Boris? — Ja, aber das nicht allein. Der Gedanke, nach Rußland zurückzukehren, hatte etwas von seinem Reize verloren. Nun das Erwünschte endlich da war, schien es ihm so einfach und natürlich, daß er fast die Tausende von Meilen und Gefahren seiner Reife, welche die Erwartung von der Wirklichkeit trennten, vergaß. Er war wieder in St. Petersburg, in einer ganz anderen Welt, einer ganz anderen Umgebung.

Er erwog die wichtigen Fragen, die in Gregor's Briefe enthalten waren und wurde ärgerlich darüber, daß seine Freunde geglaubt hatten, er würde sich so leicht fügen.

Nein, gewiß nicht. Er billigte durchaus die neue Entwicklung des revolutionären Terrorismus. Aber keineswegs stimmte er mit den einzelnen Maßregeln seiner Freunde überein. Die Zentralisirung der Macht in den Händen des Exekutivkomitees war ihm entschieden zuwider. Davon gedachte er zunächst seine Freunde zu überzeugen.

Was hatte sich nicht alles ereignet, seitdem er St. Petersburg verlassen! Kaum ein halbes Duzend seiner alten Gefährten waren noch übrig geblieben in der Partei. Nur zwei von ihnen lebten augenblicklich noch in der Hauptstadt. Alle übrigen Genossen waren während der drei Jahre seiner Abwesenheit neu eingereicht worden. Werden sie wohl zu einander passen und ohne große Reibungen zusammen arbeiten können? Gleichviel, er vertraute der eigenen Kraft und seiner Routine als praktischer Revolutionär. Das Verlangen nach Kampf und Gefahr mit dem Muth und der Energie, die eine Niederlage nur noch zäher und standhafter macht, erwachte von neuem in ihm. Ein verächtliches Lächeln zuckte über seine Lippen, als er an die Brühlereien der Polizei dachte, welche Gregor in seinem Briefe erwähnt hatte. Die Thoren! Sie hielten Dinge für beendet, die eben erst ihren Anfang nahmen. Dem Namen nach kannte er die hervorragendsten der jetzigen Parteimänner. Einige erinnerte er sich bei den Zusammenkünften der geheimen Studentenklubs gesehen zu haben. Sie mußten zu prächtigen Männern herangewachsen sein. War's nicht in der That ein seltener Glücksfall, sich mit solchen Leuten verbunden zu wissen? Vor kurzem hatte ihn noch der Gedanke gequält, die drei Jahre Abwesenheit müßten die Bande, welche ihn an seine Genossen so eng fesselten, gelockert haben. Jetzt wußte er, daß sie so stark wie nur je in gemeinschaftlicher Verbrüderung verknüpft waren. Die Fülle der Zuneigung,

Belegstücken ist nach Kriess' Tode eine Abschrift in seine Hände gekommen, die man gewöhnlich als unbesugte bezeichnet, und daraus ist denn der Panamino, der kleine Panama, wie die Italiener ihn nennen, entsprungen.

Damals legte das Ministerium Crispi den Bericht stillschweigend zu den Akten. Kriess erwähnte die Sache ein paar Mal im Senat, drohte mit Skandalgeschichten, ließ sich aber immer zum Schweigen bringen. Er schwieg auch, als der Minister Niceli, der die Untersuchung befohlen, bei der nächsten Jahresverlängerung des Bankgesetzes einen gewaltig schönfärbenden Bericht über die Banca Romana in der Kammerkommission erstattete, und seinen Freund Kriess inständig bat, ihn und den Kredit des Landes nicht durch Enthaltungen zu kompromittieren. Crispi stürzte, Kriess ersehte ihn; Kriess fiel, ihm folgte das jetzt herrschende Ministerium Giolitti. Das definitive Bankgesetz, das die Banken reorganisierte und ihr Privilegium auf 6 Jahre verlängern sollte, schwebte noch immer in der Luft. Keiner wollte an diesen gefährlichen Körper anheften. Wie „Fäntchen lebt noch“, der Stammspahn im Kinderspiel, ging es von Hand zu Hand, bis endlich am 21. Dezember das letzte Fäntchen unbesugter Weise grausam zerdrückt wurde.

Nach am 6. Dezember 1892 hatte Giolitti einen Gesandten zur Verlängerung des Bankprivilegiums auf sechs Jahre einbringen lassen. Aber infolge der fatalen Geschichte, die unbesugter Weise infolge über große Unregelmäßigkeiten in den Bankverwaltungen verlangte Giolitti schon am 21. Dezember nur eine halbjährige Frist von drei Monaten — bis 31. März. Während der Debatte trat der Deputierte Colajanni auf und verlangte zur allgemeinen Ueberraschung verschiedene Stellen aus Kriess' Generalbericht über die Banca Romana und aus Giolitti's Spezialbericht über die von ihm geprüften Bücher und Bestände. Da kamen schöne Dinge an den Tag! 9 Millionen Franken ungeschlechtlich im Uebermaß ausgegebene Banknoten, eine für Bankgouverneur und Kassierer äußerst angenehme statutenwidrige Vermischung von Bankkassen und Goldreserve, ein Portefeuille voll uneinlösbarer Wechsel, von den Fonds der Bank 78 Millionen vorgeschossen an 178 bevorzugte Personen, davon 33 1/2 Millionen an nur 19 Personen; unter den Schuldnern der Bank figurirten der Bankgouverneur Tanlongo über einer Million und der Präsident des Aufsichtsraths, Fürst Giulio Torlonia, mit 4 Millionen u. s. w. Im übrigen nannte Colajanni keine Namen, gab aber zu verstehen, daß er mehr wisse als er sage, und verlangte eine parlamentarische Untersuchung über die Bank.

Ein anderer Deputierter, Savoyi, las dann eine fernere Stelle des Berichtes vor, wonach starke Vorschüsse von der Banca Romana an Advokaten, Journalisten und politische Charaktere gemacht worden seien, und solche Spezialkassen Gelder erhalten hätten bis zu 12 Millionen, die in den veröffentlichten Bilanzen nicht figurirten.

Auf sprang Niceli, der Erminister, der unter Crispi die Untersuchung befohlen hatte. Auf sprangen Giolitti, Crispi, Rudini, die drei betheiligten Ministerpräsidenten, einer nach dem andern, um diese Enthaltungen für Fabeln zu erklären.

Und mit welcher Gewaltthatheit der stillosen Enttastung traten sie auf! Ein deutscher Handlungsreisender, dem man die auf gute Muster hin bestellten und in schlechter Qualität gelieferten Waaren vorgehalten, hätte keinen edleren Jörn entwickelt.

Am selben Tage wechselten die Deputierten an der Kammerkassette für über 50 000 Franken Noten der Banca Romana um, und die Aktien (zum Nominalbetrag von 1000 Fr.) fielen um 100 Franken. Aber nach den heroischen Ministerreden waren die Börsenkurse schon am Abend wieder oben auf. Man glaubte den Skandal erstickt und begraben.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 31. Januar.

Im Reichstage führte gestern die auf der Tagesordnung stehende Berathung des Etats des Reichsamts des Innern zu einer Fortsetzung der Nothstandsdebatte. Der Abgeordnete Scipio (natl.) hatte nämlich die unglückliche Idee, dem Herrn Staatssekretär v. Bötticher bei dieser Gelegenheit eine Art Zustimmungserklärung zu dessen neulichen rosafarbenen Auslassungen gegenüber der Diebstahl'schen Interpellation darzubringen. Selbstredend benutzten unsere Genossen Schmidt und Bebel diesen Umstand, um das ihnen vor allem in bezug auf Sachsen in reichlicher Fülle zu Gebote stehende Gemeinmaterial für das Vorhandensein des außerordentlichen Nothstandes den Gegnern vor Augen zu führen. Als es den letzteren unter der drückenden Last der angeführten Thatsachen gar zu unheimlich ward, griffen sie, wie schon oft bei solchen Anlässen, nach der letzten schweren Waffe, dem Faktionsstaat. Die Sozialdemokraten möchten

Hefe trinken. Mit verschränkten Armen hatte er dem kaltsblütigen Hinmorden der Besten unter ihnen aus der Ferne zugehört. Die ersten Angriffe der Revolution waren mit ungeheuren Verlusten niedergeschlagen worden. Eine tiefe Entnuthigung hatte die Klassen ergriffen, welche das Hauptkontingent zur revolutionären Bewegung stellten. Die zerstreuten Ueberbleibsel einer ungeheuren Macht kämpften ihrem Banner treu bis zum letzten Athemzuge. Sehr wenige verließen ihr Vaterland, um auswärts eine Zufluchtsstätte zu suchen. Sie starben, Männer und Frauen, zu Duzenden, zu Hunderten auf ihren Posten.

Hatte er eigentlich noch ein Recht, zu leben?

Wie oft schon hatte er sich, von Schmerz überwältigt, diese Frage selbst vorgelegt.

Andrej hatte sich auf den Stuhl vor seinem Schreibtische niedergelassen und drückte Stirn und Augen in die flache Hand. Eine schreckliche Vision tauchte plötzlich vor ihm auf.

Es ist Nacht. Eine trüb erleuchtete Zelle in einem der sibirischen Gefängnisse. Ihr Bewohner — ein junger Student — liegt auf einer Strohmattlage ausgebreitet, Hände und Füße fest mit Stricken zusammengebunden, Kopf und Körper mit Stricken bedeckt. Soeben ist er vom Kerkermeister schmachvoll geschlagen worden, weil er sich nicht unterwürdig genug gezeigt hatte. Unter der brutalen Behandlung leidend, denkt er über die ihm einzig gelassene Sache — die eines schrecklichen Selbstmordes — nach. Feuer soll das Werkzeug sein. In der Todensille der Nacht erhebt er sich mit Anstrengung von seinem Lager. Mit dem Munde nimmt er den heißen Dampf, Zylinder ab, welcher seine Lippen verbrennt; mit den Nägeln schraubt er den Brenner ab und schüttet das Öl auf die Matratze. Als das Stroh gestäubt war, entzündete er mit dem brennenden Dochte die Matratze und streckt sich dann wieder auf das Feuerbett. Hier liegt er ohne Stöhnen, während das Feuer an seinem Fleische leckt und brennt. Als die Kerkermeister, durch den Rauch herbeigerufen, in die Zelle eilen, finden sie ihn halb verkohlt und herbend.

doch endlich einmal eine Darstellung ihres Reiches geben und den Beweis liefern, daß es sich dort besser leben lasse, als unter der heutigen göttlichen Weltordnung. Die parlamentarischen Stützen der besten aller Welten handelten jedoch recht inkonsequent, als es am Schluß der Sitzung zur Abstimmung über die Vertagung der Diskussion kam. Mittels Hammelsprung wurde die Anwesenheit von nur 147 Abgeordneten festgestellt, von denen 68 für und 79 gegen die Vertagung stimmten. Die Sitzung mußte deshalb abgebrochen werden und wird die Debatte, das morgen Schwerinstag und am Donnerstag katholischer Feiertag ist, also keine Sitzung stattfindet, am Freitag fortgesetzt.

Herr von Caprivi wird von dem böshafsten Schicksal verfolgt, daß er das Gegentheil alles dessen thun muß, was er zu thun sich vorgenommen. Als reinlicher Mann hatte er einen erklärlichen Abscheu vor dem Reptilienschnupf — er verschwor feierlich die Reptilienpresse. Und siehe da, heute hat er einen ebenso großen und wohlgefüllten Zoologischen Garten mit Reptilien in allen Farben und Größen, wie sein Herr Vorgänger ihn nur jemals besessen. Des weiteren hat Herr von Caprivi sich weiland auf's kräftigste gegen die Bauwantaktik und die Züchtung des Beunruhigungs-Bazillus ausgesprochen. Und heute? Es giebt in ganz Europa keine so riesige Reinkultur von Beunruhigungs-Bazillen jeder Art, als in der deutschen Reichskammer und den zu ihr gehörigen Stellen. Die neue Militärvorlage mit ihrem Krieg nach zwei Fronten, das düstere Orakelwort: die Existenz Deutschlands hänge von der Annahme der Militärvorlage ab, der wilde Chorus der militärischen Reptilien, die Deutschland verloren sehen, wenn es nicht in den sauren Apfel der Militärvorlage beißt, die „immer dichterem und dichterem Kriegswolken“, die sich im Gärzengisch um den Schädel des Generals von Schlopp (oder von Schlopp — der Name wird verschieden geschrieben) zusammenballen — wir wüßten nicht, wie die Züchtung des Beunruhigungs-Bazillus systematischer und in größerem Maßstab betrieben werden könnte. Nur ein Gutes ist an dieser unheimlichen Geschichte: es glaubt kein vernünftiger Mensch an die Gefährlichkeit der Caprivi-Bazillen — Niemand nimmt die Caprivi'sche Reinkultur ernst, und wenn es demnächst zu Neuwahlen kommen sollte, würde alle Makulatur der militärischen Reptilien nur eine karnevalistische Wirkung hervorbringen. Wir sind zwar noch in dem alten Kurs, der unter Bismarck im Februar 1887 seinen letzten Sieg feierte, allein solche Siege lassen sich nicht zwei Mal erledigen.

Für die Militärvorlage erlassen jetzt auch Generale Provinzialamts (Rundgebungen) in Wort und Schrift. Die Generale Graf Walderssee, v. Schlopp, v. Leszynski, v. Ledinski u. A. sind vorangegangen und andere werden folgen. Daß den Generalen die Erhöhungen des Militärbestandes und des Militärretais willkommen sind, haben wir nie bezweifelt; nur haben wir sie nie als Vorbilder politischer Weisheit erachtet. Woher sollten sie diese auch erlangt haben? In Gehorsam und Disziplin sind sie aufgewachsen; nie haben sie gegen die Befehle der Vorgesetzten Kritik üben dürfen; als Stolz der Armee wurde gerade dieser Gehorsam bezeichnet, ohne welchen die ganze Disziplin zum Teufel gehen sollte. Und jetzt, wo der oberste Kriegsherr eine Vorlage bringt, was ist natürlicher, als daß sie voll und ganz für dieselbe eintreten, zumal ihre ganze Erziehung sie alle Dinge vom militärischen Standpunkt aus betrachten lehrt. Was bedeuten da alle Rundgebungen sämtlicher Generale, sämtlicher Offiziere? Nicht ein Gran mehr Gewicht legen sie dem Willen des obersten Kriegsherrn bei, und sie können höchstens den Geist des Militarismus schwächen, indem sie die Diskussion ermuntern. Der Militarismus aber verträgt am wenigsten die Diskussion. —

Petitionen an den Reichstag. Das fünfte Verzeichnis der beim Reichstage eingegangenen Petitionen umfaßt die Nummern 11 172—16 811. Eine ganze Anzahl dieser Petitionen mit etwa einer Viertelmillion Unterschriften, meistens von lutherischen Pfaffen und national-liberalen „Patrioten“ ausgehend, verlangt die Beibehaltung des Jesuitengesetzes. Die Beseitigung des Impfwanges wird wieder in einer Masse Petitionen gefordert. Eine Reihe Petitionen bezieht sich auf die Militär- und die

Das war kein Phantasiegebilde, das war schreckliche Wahrheit. Monate lang hatte die quälende Vision Andrej verfolgt, und jetzt peinigte sie ihn von neuem, als ob er sie erst gestern gesehen hätte.

Und was that er, während derartig Schreckliches in seinem eigenen Lande vor sich ging? Er verharrete in Sicherheit, studierte gelehrte Bücher, bewunderte die Schönheiten der Natur und die der Kunst. Und sein Gewissen, der strenge unerbittliche Richter, lästerte ihm peinigend ins Ohr: Hält dich außer den Gründen deiner Freunde nichts hier zurück? Bist du am Ende nicht doch in Furcht, deine Sicherheit aufzugeben und deinen Hals nochmals in die Schlinge zu stecken? Oder dein Zimmer mit einer unterirdischen Balle in den Rasematten des Jaren zu vertauschen?

Nicht immer gelang es ihm, diesen schrecklichen Richter zum Schweigen zu bringen. Er kannte die Angst des Zweifels und die Qualen der Selbstverdamnung. Es gab Momente, wo er seinen früheren revolutionären Eifer als Aufwallung der Jugend und Reizung zu heftigen Empfindungen verdamnte, wo er sein Leben als eine große Verirrung und sich selbst nur als einen Zwerg in einer Rieserüstung betrachtete. — Aber jetzt war Alles vorüber, in Vergessenheit, in Nichts versunken, wie häßliche Traum- und Trugbilder der Nacht vor dem hereinbrechenden Morgen. Nein, die langen Jahre entnervender Unthätigkeit hatten keine Spuren in seiner Seele hinterlassen. Er erhob sich und ging zum Fenster, das Rouleaux in die Höhe zu ziehen. Der Mond war untergegangen, ein matter Lichtschein kam von der Laterne der Straße herauf. Stolz und Freude bligte in Andrej's dunkeln Augen, da er im Geiste in die Zukunft blickte. Er sehnte sich, an seinen Posten zu kommen. Das berauschende Bewußtsein unlegbarer Kraft, die nicht Gefahr, nicht Leiden, nichts, überhaupt nichts auf Erden abhalten kann, auch nur um Haarsbreite von dem einmal beschrittenen Wege abzuweichen. Er mußte, daß er einen guten und treuen Soldaten in der Schaar, welche für die Sache ihres Landes kämpfte, abgeben werde. Solches Selbstbewußtsein verleiht dem Manne die Kraft über Andere, verleiht ihm die Kraft der Ueberzeugung, die Fähigkeit eines

Steuervorlagen, sowie die dem Reichstage vorliegenden Gesetzentwürfe und Anträge. —

Der Provinzial-Ausschuß der Rheinprovinz hat es für gut gefunden, eine Rundgebung für die Militärvorlage abzugeben. Die Herren des Provinzial-Ausschusses haben freilich hierzu kein anderes Recht, als daß sie wissen, hiermit oben nicht anzustoßen. Nichtsdestoweniger bleibt es von ihnen eine Annäherung, sich in dieser Sache als Vertreter der Rheinprovinz aufzuspielen, wo sie nicht die geringste Wurzel im Volke haben. Sie sind die Gewählten der Notabeln, der Pluto- und Bureaokratie der Provinz, und können höchstens als Stimme dieser Kreise gelten. Und was die Herren Stumm, Baare, Krupp und deren Organe wollen, wissen wir; sie werden für den Militarismus jederzeit eintreten, so lange man nicht ihren Geldbeutel oder ihr Privileg auf Ausbeutung des Volkes antastet. —

Die Haltung des „Freisinn“ zur Militärvorlage ist nicht so fest, wie Herr Eugen Richter sie darstellen möchte. Die „Kölnische Volks-Zeitung“ schreibt über sie folgendes:

„Es sind gerade freisinnige Blätter und Parlamentarier, welche sich vom Zentrum die Kastanien aus dem Feuer holen lassen wollen, um vor dem gefährlichen Konflikt vorbeizukommen, auf welchen Eugen Richter mit muthigen Schlägen losrudert. Diese Herren in Lackstiefeln wollen den ertrinkenden Reichskanzler retten, aber nicht selbst ins Wasser springen; eine wohlausgebildete Gänsehaut zielt sie vom Kopf bis zu den Zehen, wenn sie vom Konflikt sprechen hören, und zugleich vergehen sie in Begierde nach dem in der Militärvorlage kredenzten steifen Grog, welchen andere trinken sollen, damit sie das unbehagliche Gefühl los werden. Woher die Bänglichkeit der Herren in Lackstiefeln? Manchem würde eben das Taugen vergehen, wenn der Reichstag aufgelöst würde, nicht weil die Opposition im ganzen zusammenschmelze, sondern weil Bebel aufspielte. Die Sozialdemokraten würden eifrig Umschau halten in deutschen Landen und manchen freisinnigen Wahlkreis zerschneiden, um ihn einzufleischen; in anderen Wahlkreisen ist der antisemitische Weizen trotz später Ackerbestellung üppig in die Halme geschossen und verspricht für die Sozialdemokratie der dummen Kreise ebenfalls reichliche Ernte; der Rest verblühte den Freisinnigen mit den Wasserstiefeln. Wird dagegen der Reichstag nicht aufgelöst, so hat man mindestens die Gnadenfrist bis zu den nächsten ordentlichen Wahlen, vielleicht aber noch mehr. Es kann auch dann regnen oder schneien, es kann aber auch schönes Wetter für die Freisinnigen sein, und still im gereizten Rahn triebe in den Hafen der Greis. Aus derlei nächtlichen Betrachtungen ergiebt sich für die Freisinnigen der angebotenen Richtung der folgerichtige Entschluß, muthig abzuwarten, bis ein Retter sich findet, der in den Grund taucht, nicht um Caprivi, sondern um sie zu retten. Bis jetzt haben sie vergeblich gewartet, und sie dürften auch im weiteren Verlauf sich überzeugen, daß die Dummen wirklich alle geworden sind.“

Ob aber das über den „Freisinn“ Gesagte nicht auch ganz gut auf das Zentrum paßt? Ob die Neigung zum Kompromisseln nicht hier ebenso stark ist wie dort? —

Die akademische Zehrfreiheit sieht Herr v. Treitschke darin, daß man auf dem Ratheder allen möglichen Unsinn sagen darf, ohne daß die Presse davon Kenntniß nimmt. Er gab in einer seiner letzten Vorlesungen dem Unwillen Ausdruck, daß man seine jüngste Fäselei in der Presse mitgetheilt habe. Er verwahrte sich gegen den „Unsinn“, gesagt zu haben, Luther wäre kein Revolutionär gewesen. Er führte aus, daß es einen Unterschied gebe zwischen Revolutionär und Revolutionär, daß gewisse Revolutionen berechtigt sein können. Aber, fuhr er wörtlich fort, der Kultus der Revolution, das Neben ins Blaue hinein von guten Revolutionären, das ist zu verwerfen!

Also wenn Treitschke etwas sagt, dann ist er weise, wenn Birchow dasselbe sagt, ist es ins Blaue hineingesprochen, ist es Fäselei. Nun, wir haben keinen Anlaß, uns für Birchow ins Zeug zu legen, besonders wo er von politischen und sozialen Dingen spricht. Aber Birchow hat wenigstens auf anderen wissenschaftlichen Gebieten etwas geleistet. Was aber hat Herr von Treitschke geleistet? Die Geschichte hat er im Dienste der Macht gefälscht und entstellt, und sein ganzer Ruhm steht und fällt mit der Durck-Ranalle. —

Die Frage der Kammerauflösung ist in Frankreich ganz in den Hintergrund getreten. Als das Mini-

agitatorischen Genies, die menschliche Seele zu beeinflussen und umzubilden.

Inzwischen war es völlig dunkel geworden und erst in zwei oder drei Stunden konnte die Sonne heraufkommen. Es drang bereits eine frische, dünne Morgenluft durch die Ritzen des Fensterverschlusses. Große bleierne Wolken zogen hintereinander über den Himmelsbogen, die weißen Pünktchen der Milchstraße verschwanden mehr und mehr.

Andrej beschloß, zu Bette zu gehen. Er mußte frühzeitig wieder aufstehen. Lena würde sicherlich nach Beendigung ihrer Unterrichtsstunden wieder bei ihm vorprechen. Auch hatte er noch vieles in Ordnung zu bringen, um ohne Aufschub abreisen zu können.

Er entleidendete sich, legte die Uhr neben sich, und als sein Haupt die Kissen berührte, schlief er sofort den Schlaf des Gerechten.

### II. Kapitel.

#### A. Der Grenze.

Samuel Suffer, vertraulich der rothe Schmul genannt, der Hauptschmuggler und Schankwirth zu Nischy, einem Dorfe an der litthauischen Grenze, bediente seine Kunden mit der gewöhnlichen Behendigkeit. Sein lebhaftes Auge ersahte immer den richtigen Moment, wenn einer von ihnen durstig war, und seine gelübte Hand goß nie einen überflüssigen Tropfen aus, so daß das Glas nachgerade gefüllt schien. Diesen Moment aber war sein thätiger Geist anderweitig in Anspruch genommen; er folgte dem Schnellzuge, welcher gerade die letzten Meilen zwischen St. Petersburg und der Grenze durchschnitt.

Heute Morgen hatte er ein Telegramm von David Skien, einem Studenten sibirischer Herkunft, erhalten, der sich mit den rebellischen „Gosins“ (Christen) gegen die Obrigkeit verbunden hatte, und jetzt für sie die Grenze hütete. In verabredeten Ausdrücken hatte David seine Ankunft mit dem Abendzuge, in Begleitung von drei Gefährten, welche über die Grenze geschmuggelt werden mußten, mitgetheilt.

Drei Personen zu zehn Rubel per Kopf ist kein schlechtes Geschäft für einen Tag. Eigentlich hoffte aber der rothe Schmul etwas mehr als diese Summe für seine Mühe

sterns in Verlegenheit war, erklärte es, die Auflösung voranzutreiben zu wollen, sobald dies ohne Schaden für die Republik geschehen könne. Jetzt, da es glaubt, ziemlich fest im Sattel zu sitzen, hört man von Auflösung kein Wort mehr. Es wäre sehr gut, wenn die französischen Sozialisten den Ministern klar machten, daß diese Kammer unter allen Umständen von dem Schauplatz zurücktreten muß, und daß nur durch Neuwahlen wieder eine feste Regierungsgrundlage geschaffen werden kann. —

In Italien ist die Regierung in Krieg mit den Studenten verfallen. Zwei Universitäten: Neapel und Palermo, mußten in jüngster Zeit geschlossen werden, weil die Behörden kein anderes Mittel wußten, um die lärmenden Kundgebungen der Studenten zu verhindern. Der Anlaß zu diesen Tumulten ist freilich sehr geringfügiger Natur — immerhin aber zeigt sich auch in diesen Vorkommnissen das Ungesunde der ganzen Lage. —

Das englische Parlament wurde heute Nachmittag eröffnet. Ueber die Thronrede sagt das erste uns vorliegende Telegramm:

London, 31. Januar. Die Thronrede bezeichnet die mit den auswärtigen Mächten bestehenden Beziehungen als freundschaftliche, der Aufrechterhaltung des Friedens günstige. Die angeordnete geringe Vermehrung der Dispositionstruppen in Ägypten bedeute keine Veränderung der britischen Politik. Angekündigt wird die Vorlage über Abänderung des Regierungssystems in Irland. Ueber die Verlobung des Herzogs von York ist in der Thronrede nichts enthalten.

Ein späteres Telegramm ergänzt das obenstehende die folgt:

In der Thronrede heißt es: Die Königin unterhalte fortgesetzt freundschaftliche und eintätige Beziehungen mit allen fremden Mächten, deren Erklärungen überall der Aufrechterhaltung des europäischen Friedens günstig lauteten. In Verbindung mit der bevorstehenden Räumung von Uganda seitens der britischen Ost-Afrika-Gesellschaft habe die Königin einen Kommissar entsandt, um die geeigneten Mittel ein in bezug auf Uganda einzuwickelndes Verfahren an Ort und Stelle zu prüfen. Angesichts der jüngsten Ereignisse in Ägypten habe die Königin beschlossen, eine geringe Vermehrung der dortigen britischen Truppen einzutreten zu lassen. Diese Maßregel bedeute keine Veränderung in der Politik oder in den Verpflichtungen, welche die britische Regierung von Zeit zu Zeit in bezug auf die Occupation Ägyptens gegeben habe. Der Abdiwe habe in befriedigenden Ausdrücken der Königin gegenüber die Erklärung abgegeben, daß er beabsichtige, die bisherigen Gewohnheiten der Beratung mit der britischen Regierung in politischen Angelegenheiten zu befolgen. Bezüglich der Abänderung der Bestimmungen über die Regierung von Irland werde sobald als möglich eine Vorlage gemacht werden, dieselbe sei vorbereitet, um dem irischen Volke Zufriedenheit, dem britischen Parlamente Erleichterung zu verschaffen, und weitere Sicherheiten für die Stärke und die Einheit des Reiches zu gewähren. Der übrige Teil der Thronrede empfiehlt den Rath der Landwirthschaft der Aufmerksamkeit des Parlaments und sagt, die Verbrechen in Irland seien fortgesetzt in Abnahme begriffen. In Vorlagen wird angekündigt die Abänderung der Wahlrechtsregel (Registration), die Verkürzung der Legislaturperiode und die Einführung eines Wahlsystems, nach welchem jeder Wähler nur eine Stimme haben soll.

Aus diesem Bericht über den Inhalt der Thronrede erhellt, daß dieselbe für ein Regierungsprogramm, das sie doch sein soll, außerordentlich mager ist. Die wichtigste Mittheilung ist unzweifelhaft die, daß die irische Homage-Bill noch nicht fertig ist. Das Ministerium Gladstone befindet dadurch seine Schwäche und Unentschlossenheit; und die Opposition wird jetzt in ihren Angriffen nur um so heftiger sein. —

Die Sandwichinseln, auf denen jetzt die Republik proklamirt worden ist, haben im ganzen nicht einmal 100 000 Einwohner. Die Zahl der Eingeborenen ist durch die Segnungen der Zivilisation oder richtiger Syphilisation seit Ende des vorigen Jahrhunderts von 800 000 auf etwa 40 000 zusammengeschmolzen. Die übrigen Einwohner setzen sich aus Chinesen (15 000), Japanern (12 500), Portugiesen (8000), Amerikanern (2000), Engländern (1500) und über 1000 Deutschen zusammen. Politisch die leitende Rolle haben die Amerikaner, auf deren Einfluß auch die jetzige Revolution zurückzuführen ist. Die abgestorbene Königin Ailimalani war die Schwester (nicht Tochter) des Königs Kalakaua, der kinderlos starb. Die acht bewohnten Inseln der Sandwichgruppe sind sehr fruchtbar und haben einen ziemlich ausgedehnten Handel. —

zu erhalten. Es war die Zeit der Aushebung, zu welcher an der Grenze besondere Vorkehrungen getroffen waren, um die jungen Söhne Israels zu verhindern, dem Militärdienste zu entweichen. Ein ehrlicher Schmuggler hatte wohl ein Recht, in solchen Zeiten eine Extrazulage zu erlangen. Mit einem solchen Knicker wie David muß man aber vorsichtig sein. Doch kein übler Keel dieser Herr David. Ein scharfer Kopf, ein echt jüdischer Kopf, der seinem Stamm überall Ehre machen würde. Er muß ein General oder etwas dieser Art unter den „Gojim“ sein. Ein schlauer Junge, der wohl weiß, auf welcher Seite das Butterbrot gestrichen ist. Er wird weit kommen, und ein ehrlicher Schmuggler hat nichts zu fürchten, wenn er mit ihm unterhandelt. Er hütet seine Zunge und wenn er sein Wort gegeben hat, kann man sich auf ihn verlassen. Er knickt aber um einen Pfennig, wie ein Zigeuner auf dem Pferdemarkt.

Der rothe Schmul hatte manche Gelegenheit, seinen sonderbaren Auftraggeber zu studiren. Als drei oder vier Monate erschien der junge Mann an der Grenze und brachte Trümpf von „Gojim“ mit sich, welche aus dem Lande heraus oder hinein wollten. Ferner waren Bücher von auswärts einzuschmuggeln — ein sehr vortheilhaftes Geschäft, da der Schmuggel von Büchern weit besser als der von Tabak und Seide bezahlt wurde. David hatte längs der ganzen Grenze viele Verbindungen, der rothe Schmul war aber stolz, sein Lieblingsagent zu sein.

Was dies Alles bedeute — wer die sonderbaren Leute seien, mit denen David in Verbindung stand — was sie wollten — darüber konnte der rothe Schmul nicht klar werden. Durch seine jüdische Neugier getrieben, las er einige revolutionäre Broschüren und Flugblätter, welche er durchzuschmuggeln hatte. Bei seiner unvollkommenen Kenntniß der russischen Sprache aber konnte er wenig Nutzen aus dieser Lectüre ziehen und unterließ es daher, weiter zu forschen. Wenn ein so geriebener Bursche wie David daran theilnahm, mußte wohl ein Prostitution dabei herausschauen, wie hätte David denn sonst diejenigen, die er beschäftigte, so pünktlich und gut bezahlen können? Da die Einfuhr dieser Bücher, wie die verschiedenen

Nach den neuesten Nachrichten sind die Engländer eifersüchtig auf die Erfolge der Amerikaner. Ein englisches Geschwader ist bereits nach Hawaii (wie die Eingeborenen die Sandwich-Inseln nennen) beordert worden, und wie es scheint, hat man in London die Absicht, ein gemeinsames, englisch-amerikanisches Protektorat für die Sandwich-Inseln einzurichten. —

## Parlamentarisches.

Die Kommission zur Verathung des Gesetzentwurfs über die Abzahlungsgeschäfte hielt gestern ihre erste Sitzung ab. Es wurde beantragt, die Verhandlungen so lange auszusetzen, bis die Kommission zur Vorberatung der Wucherer-Gesetz-Novelle ihre Arbeit erledigt habe. Begründet wurde dieser Antrag damit, daß die gesetzliche Regelung der Bestimmungen über den Sachwucher eventuell bestimmend für die weitere Behandlung des Entwurfs über die Abzahlungsgeschäfte sein könnte. Dieser Antrag wurde abgelehnt, dagegen nach längerer Debatte beschlossen, die Regierung zu ersuchen, das vorhandene Material über die bei den Abzahlungsgeschäften hervorgetretenen Uebelstände im Druck vorzulegen und bis zum Eingang dieser Materialien die Sitzungen auszusetzen.

Die Wahlprüfungs-Kommission stellte in ihrer gestrigen Sitzung zunächst den zweiten Bericht für die Wahl des Abgeordneten Schier (Hanau) fest und trat dann in die Prüfung des Ergebnisses der seinerzeit beschlossenen Erhebungen über die Wahl des Abgeordneten Hartmann (Plauen) ein. Die Wahl selbst ist bereits früher für gültig erklärt. Die Erhebungen ergaben zunächst ungesetzliche Verhinderungsverbote durch die Amtshauptmannschaft Auerbach und amtliche Beeinflussung von Wahlarbeitern durch einen Oberförster. Die Kommission beschloß diese unzulässigen Vorkommnisse zur Kenntniß der Regierung gelangen zu lassen.

Aus der Militärkommission des Reichstags. Nach Erledigung einiger geschäftlichen Angelegenheiten trat die Kommission in die Verathung der finanziellen Wirkungen der Militärvorlage ein. Der Reichstanzler ist nicht anwesend. Abg. Richter bemängelte die von der Regierung gegebenen Kostenschätzungen als ungenügend und stellte fest, daß bei einer Anzahl Militärverwaltungen keine Rücksicht auf die Vermehrung der Kosten durch die Militärvorlage genommen ist. So sei für definitive Kasernenbauten noch nichts vorgesehen, nur die provisorischen Baracken seien ausgeführt, desgleichen sei nach seiner Ansicht für Utenstien ein viel zu geringer Betrag aufgeführt, ebenso für Garnisonsverwaltungen, für Unterhaltung der notwendigen neuen Abzugspfade und für Militär-Gefängnisse gar nicht. Weiter sei die Erhöhung des Fonds für Uebungsmunition viel zu niedrig gegriffen zc. zc., im Ganzen dürften die nöthig werdenden Mehrausgaben um ca. 14 Mill. zu niedrig angegeben sein. Außerdem fehle die noch unbedingt eintretende Erhöhung des Pensionsfonds, die auch auf wenigstens 6 Millionen zu veranschlagen sei, in Summa also über 20 Mill. Redner beantragt schließlich die Einsetzung einer Subkommission zur Verathung dieser Frage. Die Kosten der definitiven Kasernen beziffert R. auf rund 150 Mill. Mark. Die Uebungskosten für Heer und Marine, welche für die nächsten fünf Jahre auf Rechnung des jetzt schon bestehenden Militäretats erwachsen werden, müßten gleichfalls jetzt überschlägig festgesetzt werden. So bestche z. B. der Plan, Uebungsplätze für ganze Armeekorps zu beschaffen, zwei solche seien schon angefaßt, für die sämtlichen übrigen Armeekorps seien sie noch zu beschaffen, jeder werde im Durchschnitt 2 bis 3 Millionen kosten. Dazu kommen die enormen Ausgaben für neue Panzerschiffe und die nöthigen Grundreparaturen des vorhandenen Materials. Redner beantragt ferner an den Reichs-Schatzsekretär die Frage zu richten, wie hoch die zu erwartenden Mehrausgaben im Reich, abgesehen von Heer und Marine, sich belaufen, und welche Mindereinnahmen aus Zöllen zc. im nächsten Etatsjahre sich ergeben werden. — Eigentlich müßte die hier verlangten Aufstellungen seitens des Schatzsekretärs bereits gemacht sein, denn es sei doch nicht denkbar, daß man solche große Mehraufwendungen verlange, ohne eine ganz genaue Uebersicht über die Finanzlage zu haben. Er sei der Meinung, daß, wenn der Herr Reichstanzler die wirkliche Finanzlage des Reichs genau gekannt hätte, er kaum so ausgegetreten wäre, wie er es hier gethan hat. Redner beweist aus einer langen Reihe von sehr genauen Aufstellungen, daß die meisten Einnahmepositionen im Reichsetat sich im Rückgange befinden und daß wir den tieffsten Punkt noch nicht einmal erreicht haben. Dabei betragen die Mehrausgaben des Reichs im nächsten Etatsjahre, ohne die Kosten der neuen Militärvorlage, nach seiner Berechnung mindestens 100 Millionen Mark.

Major Wachs sucht nachzuweisen, daß die von der Militärverwaltung aufgestellten Berechnungen für die Mehrausgaben nicht zu niedrig gegriffen seien. Die Unteroffiziersprämien

anderer Güter unterlag war, so mußte es ein Schmuggelgeschäft erster Klasse für die feinen Herren sein, von dem er herzlich wenig verstand. Das ging ihn aber nichts an, vorausgesetzt, daß er gut bezahlt wurde. Er hatte mit seinen eigenen Sachen zu thun.

Das Pfeifen der Lokomotive kündigte die Ankunft des St. Petersburger Zuges an.

„Da sind sie,“ dachte Schmul, während er mit einem unterwürfigen Lächeln einen Polizei-Offizier mit Branntwein bediente.

Schmul's Schenke lag ziemlich weit vom Bahnhof ab. Die meisten Passagiere suchten an näheren und besseren Orten Erfrischung, doch kamen einige Nachzügler zu ihm. So hatte er denn Vorbereitungen zum Empfang seiner Gäste zu treffen. Er wuschte die beiden Eichentische ab, welche zu beiden Seiten des Zimmers standen, prüfte genau die Getränke, welche zum Gebrauch bereit waren, füllte aus der langen Reihe der an der Wand stehenden Flaschen einige Gläser und stellte sich wartend hinter den Schenkstisch.

Die Schenke begann sich zu füllen. Einige Bauern diskutirten laut über die Neuigkeiten des Marktes, von welchem sie gerade zurückkehrten. Zwei Soldaten, welche von der Wache am Bahnhofe abgelöst waren, sprachen zu einem Trunke ein und setzten sich an den Ehrenplatz. Einige gewöhnliche Kunden kamen und gingen, aber David erschien nicht. Eine Stunde war ungefähr nach Eintreffen des Zuges verlossen, ohne daß David sich blicken ließ. Schmul kannte zu wenig die Gefahren, welche einen Verschwoerer umgeben, um irgend eine Vororgniß zu hegen. Er schloß daher, daß David irgendwo aufgehalten worden war und deshalb erst morgen, das heißt Freitag, dem Vorabend des Sabbath, eintreffen würde. Da dies ein Tag von sehr kurzer Arbeitszeit war, begann der unternehmende Schankwirth bereits in Erwägung zu ziehen, wie er aus David's Mangel an Pünktlichkeit Nutzen ziehen könnte, als er, sich zur Rechten wendend, David in Person ruhig am Tische neben den Soldaten sitzen sah, denen er ebenso wenig Aufmerksamkeit schenkte, wie sie ihm. (Fortsetzung folgt).

allerdings würden schon in den nächsten Jahren eine Erhöhung erfahren müssen. Auf absehbare Zeit hinaus könne mit den „vorhandenen“ (so wohl heißen: nach dem Entwurf neu zu bewilligenden) Mitteln gewirtschaftet werden.

Reichs-Schatzsekretär von Malchahn behauptet, die vom Abg. Richter erwähnten Mindereinnahmen trügen nicht den Charakter eines Defizits. Ob die wirtschaftliche Lage ihren Tiefpunkt schon überschritten habe, könne niemand sagen. Schätzungen auf 5 Jahre hinaus, wie sie Richter verlange, seien sehr unsicher; kalkulatorische Exempel in dieser Beziehung könnten ja gemacht werden, würden aber wenig Werth haben.

Abg. v. Stumm redet als freiwilliger Regierungskommissarius, sekundirt dem Schatzsekretär und verspricht sich von den Arbeiten einer Subkommission keinen positiven Erfolg.

Dr. Buhl ist für die Subkommission, da die Kommission die Pflicht habe, die finanziellen Folgen der Militärvorlage ganz klar zu ermitteln. Auch die weiteren Wünsche des Abg. Richter in bezug auf die an die Finanzverwaltung zu richtenden Fragen über die nöthig werdenden Mehrausgaben im Reich auf nicht-militärischem Gebiete und die beabsichtigten Maßnahmen der Regierung finden zum größten Theile die Billigung des national-liberalen Redners.

Richter stellt einige Behauptungen und Mißverständnisse der Regierungsvorrede richtig und verweist insbesondere auf die ganz enormen Mehrausgaben für Marinezwecke. Da, wie es scheint, der Schatzsekretär in der That einen Finanzplan, wie Redner ihn verlangt, nicht gemacht habe, so werde wohl angenommen werden dürfen, daß man wegen der wahrscheinlichen Erschwerung desselben auf die Ausstellung verzichtet habe. Die stärkste Zumuthung an den Reichstag sei die, daß er eine solche Vorlage, wie die gegenwärtige ist, annehmen soll ohne ganz klare finanzielle Unterlagen. Er bestche darauf, daß die Regierung die von ihm verlangten Ermittlungen vorlege.

Auf Veranlassung des Schatzsekretärs giebt der Regierungskommissarius v. Achenborn diverse Aufschlüsse. Er theilt u. a. mit, daß der Reichszuschuß für die Alters- und Invalidenversicherung betragen werde: 1897/98: 267<sup>1</sup>/<sub>10</sub> Millionen, 1898/99: 287<sup>1</sup>/<sub>10</sub> Millionen, 1899/1900: 327<sup>1</sup>/<sub>10</sub> Millionen. Bei den Ueberweisungen an die Bundesstaaten werde im nächsten Etatsjahre sich immer noch ein Ueberschuß von 8 bis 10 Millionen ergeben, der an die Einzelstaaten herauszugeben ist. Bei dem Bankwesen sei ein Minus zu erwarten, ein Mehr bei den Zöllen und an Zöllen, die Truppenverpflegung werde ca. 9 Millionen mehr kosten, im Ganzen sei eine Besserung für 1894/95 zu erwarten; genauere Aufschlüsse ließen sich jedoch nicht wohl geben und würden auch für die nächste Sitzung einen besonderen Werth nicht haben.

Dr. Lieber meint, gerade die letzten Aeußerungen des Regierungsvorredners bewiesen, wie unbedingt notwendig die Subkommission sei, damit der Reichstag und speziell die Militärkommission sich sagen könne, Alles gethan zu haben, was zur Klarlegung der Finanzfragen nöthig sei. — Seit Mitte der 80er Jahre stand es in den Regierungskreisen fest, daß eine neue Militärorganisation nöthig sei; trotzdem habe man den Reichstag fort und fort im alten Rahmen bewilligen lassen und sogar 1890 bei Begründung der damaligen Vermehrung erklärt, alles was etwa später noch nöthig sei, würden nur Nachbesserungen zc. sein, während man jetzt eine gänzlich neue Organisation, zu der sehr große Mittel gehören, verlangt. Die Regierung hege also Pläne, in die der Reichstag nicht, oder nicht rechtzeitig eingeweiht werde. Es sei endlich Zeit, daß ein neues Finanzverfahren eingeschlagen werde und man zusehe, wie der Karren künftig weiter gefahren werden könne.

Abg. v. Hammerstein ist mit Einsetzung einer Subkommission einverstanden.

Der Direktor des Militär-Oekonomiedepartements, v. Fund, giebt zu, daß es allerdings in den letzten Jahren scheinbar konnte, als ob, wie Dr. Lieber erwähnte, die Regierung andere Pläne verfolgt habe, als sie dem Reichstag vorlegte. In Wirklichkeit sei es aber doch nicht so gewesen, sondern man habe in der That immer geglaubt, sich im alten Geleise weiter bewegen zu können, bis sich endlich herausgestellt habe, daß es eben doch so nicht mehr gehe.

Richter erklärt sich durch die Auskünfte der militärischen und der Finanzvertreter der Regierung nicht befriedigt und kritisiert sehr scharf die Art der Aufschlußertheilung durch den Finanzdirektor von Achenborn, worauf letzterer kurz erwidert. An dem weiteren Geplänkel betheiligen sich noch Dr. Lieber, Direktor von Fund, Major Wachs, Abg. Richter, welcher letzterer ausdrücklich feststellt, daß die Regierung den Reichstag über ihre Absichten auf militärischem Gebiete nicht genügend informiert hat. An den Schatzsekretär richtet er die Frage, ob die Abschaffung der Matricularbeiträge geplant sei und ob die Reichsfinanzverwaltung mit dem preussischen Finanzminister in Unterhandlung stehe bezüglich anderweitiger gesetzlicher Regelung der finanziellen Verhältnisse zwischen Reich und Einzelstaaten.

Herr von Malchahn giebt eine Antwort, durch welche gar nicht gesagt ist, und verspricht, dem Abg. Richter persönlich nähere Mittheilungen zu machen.

In der Abstimmung wird der Richter'sche Antrag auf Niederlegung einer Subkommission und Zuweisung verschiedener Fragen an dieselbe einstimmig angenommen. Die Subkommission wird aus 7 Mitgliedern bestehen.

Auch der zweite Antrag Richter's, die Anfragen an die Finanzverwaltung betreffend, wird in seinen sämtlichen Punkten angenommen.

Schluß der Sitzung 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr. Die nächste Sitzung wird stattfinden, wenn die Subkommission mit ihren Arbeiten fertig sein wird, wahrscheinlich nächsten Montag.

## Briefkasten der Redaktion.

2. 2. 3. 100. Leider ist das „Mädchen für Alles“ zu Diensten, die ihr bekannt gegeben oder üblich sind, verbunden, also auch zum Austragen der Baare. Zu dem von Ihnen angegebenen Zweck darf natürlich Niemand sie gegen ihren Willen zwingen.

2. 2. 100. Ist die Waare nicht Eigenthum Ihres Verkäufers geworden, so müssen Sie dieselbe dem Eigenthümer zurückgeben und können sich nur an Ihren Verkäufer halten.

Fr. Richter, Köpenick. Schiden Sie uns die betreffende Nummer des „Dampfbots“ zu.

2. 2. 100. Rügenstraße. 1. Das Unterlassen der Auforderung — die an sich zulässig und wünschenswerth ist — ist nicht strafbar. 2. Haben Sie die Arbeit abgeliefert, so haben Sie kein Zurückbehaltungsrecht mehr. Sonst hat der Arbeiter, der auf Stücklohn arbeitet, ein Zurückbehaltungsrecht an der Arbeit bis Zahlung des Lohnes — allerdings ist aber verschiedene entschieden worden. Strafbarkeit liegt nicht vor; nur dürfen Sie natürlich weder durch Kauf, noch durch Verpfändung, noch sonst über die Sache verfügen.

1000. Der freigesprochene Angeklagte hat das Recht auf kostenlose Ertheilung einer Urteilsabschrift. Das folgt aus § 35 Straf-Prozessordnung und ist vom Kammergericht in einem Spezialfall ausgesprochen. In Zivilsachen hat jede Partei Anspruch auf Ertheilung von Abschriften der Protokolle und des Urteils. Für jede Seite werden 10 Pf. Schreibgebühr berechnet; die unterliegende Partei hat in der Regel diese Kosten zu entrichten.

2. 2. 100. 1. Rein. 2. Ja. Carl B., Begeleit. Ein öffentlicher Maskenball bedarf polizeilicher Genehmigung; nur eine auf den Kreis der Vereinsmitglieder beschränkte Luftbarkeit bedarf keiner Genehmigung.





Genossen über das Verfahren der Polizei nicht beschwerten, so liegt das daran, daß sie mit der Ausübung des Beschwerderechts schon bei früheren Gelegenheiten recht schlimme Erfahrungen gemacht haben. Daß unter Hunderttausenden von Arbeitern einige Tausend noch die Möglichkeit finden, sich an einem Abende zu amüsieren, spricht durchaus nicht gegen den Nothstand. Die Vergnügungen der vornehmeren Klassen sind manchmal nicht ganz harmlos, wie z. B. die zahlreichen Bälle im Wintergarten, die Herrenabende oder die Balletaufführungen. Von einer Humanität der Unternehmer ist keine Rede, sie handeln nur im eigenen Interesse, wenn sie auch in schlechten Zeiten eine Anzahl Arbeiter beschäftigen, weil sie bei eintretender Prosperität sofort eingearbeitete Leute brauchen. Die Löhne sind das Beste, was in schlechten Zeiten sinkt. In der Textilindustrie mag in letzter Zeit eine Besserung bemerkbar sein, aber das ist eine Saisonindustrie, in welcher jetzt die Vorräthe für den Sommer gefertigt werden. Dazu kommt, daß die Baumwollenpreise Ende 1892 im niedrigsten Stand seit Jahren erreichten, so daß die Spinner die Produktion einschränken und die Preise um 25 pCt. erhöhen wollten. Um noch von den niedrigen Preisen zu profitieren, kauften die Baumwollensabrikanten große Massen auf. Sie wollen wieder rufen, wie wir uns die zukünftige Gesellschaft dichten. Unser Programm können Sie jederzeit lesen. Wozu sollen wir hier darüber reden halten, wo wir Sie doch nicht überzeugen! So lange wir in der Minorität sind, haben wir keine Veranlassung, unsere Pläne hier vorzutragen. Man thut immer so, als ob das Unternehmertum eine von Gott eingesetzte Ordnung sei. Wenn sämtliche Aktionäre und Unternehmer mit Sack und Pack und Geld und Gut auf die schönen Schiffe in Hamburg gepackt und nach Afrika geschickt würden, man würde garnichts davon merken; sie erzeugen ja nicht die Werthe, sondern die Arbeiter. Sie irren also ganz gewaltig, wenn Sie glauben, daß die Unternehmerschaft eine unentbehrliche Einrichtung jeder menschlichen Gesellschaft sei. Der Abg. Vahl hat an der Hand der Einkommensteuer-Statistik zu beweisen versucht, daß die Einkommenverhältnisse der Arbeiter in Sachsen günstiger seien. Es wird sich später Gelegenheit finden, die von ihm angeführten Zahlen auf ihren Werth zu prüfen. Es geht aber aus der amtlichen Statistik hervor, daß die Einkommensteuerepiphanten bis zu 1600 M. in den letzten Jahren in stetem Rückgange begriffen sind. Daraus geht hervor, daß auch die Kleinbürger und der Bauernstand, nicht bloß die Arbeiter, leiden. Die erhöhten Sparrenten beweisen nichts. Ein großer Theil der kleinen Kapitalisten macht diese Einlagen, weil sie jederzeit ohne große Umstände und Geldverluste ihr Geld aus den Sparkassen wieder herausnehmen können. Die Sparkassen sind geradezu die Depots der Kapitalisten geworden. Das Königreich Sachsen hat allerdings unter sehr bedeutenden Kosten Gruben angekauft, um den Arbeitern zu helfen. Der Staat befand sich dabei in einer gewissen Zwangslage: eine ganze Reihe von Gruben stand still, und Tausende von Arbeitern mußten dem Hungertode verfallen, wenn der Staat nicht eintrat. Es war ein großer Nothstand vorhanden, dem Niemand anders als der Staat abhelfen konnte. Wir haben natürlich für die Vorlage über den Ankauf der Gruben gestimmt. Der Abg. Mehrert hat auf das große Arbeiterfest im Trianon in Dresden hingewiesen und gemeint, es hätten sogar die Führer die Narrenkappe angefaßt, während sonst nur die großen Massen die Narrenkappen trügen. Ich erwidere ihm, bei uns haben die Führer nur einmal im Jahre die Narrenkappe auf, bei den anderen Parteien das ganze Jahr.

Staatssekretär v. Wötischer: Ich hätte es gern gesehen, wenn der Vorredner sich endlich einmal aufschließen hätte über den sozialdemokratischen Zukunftsstaat (Zuruf des Abg. Sebel: Das leidet der Präzision nicht!) Bei dem Titel Staatssekretär des Reichsamts des Innern kann über alles gesprochen werden. Ich habe in der Nothstandsdebatte anerkannt, daß es eine Thorheit wäre, das Bestehen eines Nothstands zu leugnen; ich habe nur bestritten, daß ein Nothstand vorhanden ist, der das Einschreiten des Reichs erfordert. Trotzdem wird die Sachlage in der Presse der Sozialdemokraten immer noch falsch dargestellt. Es wird bei der öffentlichen Erörterung dieser Frage nicht immer streng die Wahrheit festgehalten. Ich kann es begreifen, daß die Vorredner die ihnen zugehenden Zuschriften benutzen, aber wir können auch die uns zugehenden Mittheilungen nicht unberücksichtigt lassen, und diese besagen, daß wer Arbeit finden will, sie immer noch finden kann, wenn er nur dorthin geht, wo die Arbeit ist. (Zustimmung rechts.) Der Zubrang der Arbeitskräfte in die Industriezentren ist ein so großer, daß mehr Arbeitskräfte vorhanden sind, als verlangt werden. Aber man will diesen Zubrang zu den Industriezentren nicht hindern. Herr Sebel hat von der Sparfahndung der Eisenbahnverwaltung gesprochen, namentlich von der Entziehung der Pelze. Solche Pelze sind nur im Osten verwendet worden, sie sind auch nicht abgeschafft worden, sondern werden nach wie vor benutzt, nur da, wo die Beamten sich in gebirgigen Koupees befinden und der Pelz für sie eine Last ist, haben einzelne Direktoren den Pelz abgeschafft. Auch die viel gelobte monatliche Abrechnung ist kein Noththell für die Arbeiter. Jede Verwaltung will möglichst billig arbeiten; deshalb ist an die Stelle der vierzehntägigen die monatliche Abrechnung getreten, aber unter Aufrechterhaltung der vierzehntägigen Lohnzahlung. Es müssen schwache Gründe sein, wenn man so mit persönlichen Epithen und Invektiven vorgeht. Es ist ja möglich, daß die Mitglieder der Regierung mit wenig Verstand begabt sind. (Zuruf Sebel's: Das habe ich nicht gesagt!) Es ist möglich, daß ein sozialdemokratischer Agitator mehr leistet im Sinne des Herrn Sebel, als ein Bundesrathsbevollmächtigter. Es besteht aber ein Unterschied: Wir wollen der Wahrheit auf den Grund kommen, aber Sie wollen nur Unzufriedenheit säen und da machen wir nicht mit. (Zustimmung rechts.)

Abg. Mehrert (l.): bestritt, daß die kleinen Kapitalisten ihr Geld bei der Sparfahndung niedergelegt haben. Die Zahlen beweisen, daß es sich dabei nur um die Einzahlung von kleinen Renten, von Arbeitern handelt. Wenn die Sozialdemokraten meinen, daß Verschwinden der Unternehmer aus der Gesellschaft würde kaum bemerkbar werden, so kann ich sagen: Das Verschwinden der Herren Sozialdemokraten würde nur wohlthätig wirken.

Abg. Bachem (Zentr.): Die Ausdeute der heutigen Debatte war eine sehr dürftige. Es ist manches wieder vorgebracht worden, was uns schon bekannt war; aber nicht ein Mittel der Abhilfe. Es würde um die Arbeiter sehr schlecht stehen, wenn alle Leute so verlegen um Abhilfsmittel wären, wie die Sozialdemokraten. Da könnten die Arbeiter noch lange auf Besserung warten. Gerade beim Gehalt des Staatssekretärs hätten die Sozialdemokraten die beste Gelegenheit, den sozialdemokratischen Zukunftsstaat zu schildern. Man hat allerdings früher einmal gesagt, wir würden doch den Sozialdemokraten nicht folgen. Umfomehr müßten Sie unsern tauben Ohren predigen, und wir werden ehricht befreit sein, aus dem, was Sie uns vortragen, recht viel zu lernen. Ich habe die Werke der Sozialdemokratie durchaus studirt mit heißem Verlangen, um den Zukunftsstaat lernen zu können, aber „da sehe ich nun, ich armer Thor, und bin so klug als wie zuvor!“ (Weiterkeit.) Steht der Zukunftsstaat in Köster's oder in Sebel's Schriften oder bei Vahl? Einige Balken und Schindeln habe ich wohl entdeckt, aber ein ganzes Gebäude nicht, und ich will doch erst wissen, ob wir nicht verirrten und verhungern, ehe das neue Gebäude aufgerichtet ist. Richter hat von ihrem Zukunftsstaat ein viel klareres Bild gegeben als alle sozialdemokratischen Werke. Haben Sie etwa Richter's Zukunftsstaat in Ihr Programm aufgenommen? Wenn Sie das nicht thun wollen, dann müssen Sie ein Werk schreiben, in welchem Sie nachweisen, so wird der Staat aussehen. Im Zukunftsstaat wird ein größeres Maß von Autorität von oben notwendig sein als bei uns und ein größeres Maß von Unterwerfung, ein härteres Gesetz der Solidarität und eine größere Berufsbefähigung von unten. Werden denn die Anhänger

der Sozialdemokratie dieses übergroße Maß von Berufsbefähigung haben, werden sie Engel sein? Wenn ein Mann vorhanden wäre, der die Autorität über alle Arbeiter hätte, dann wäre die Umwandlung denkbar. Hat denn Liebknecht oder Bebel oder gar Herr Sebel solche Autorität? In jeder anderen Partei sind feste stehende Autoritäten vorhanden. In der Sozialdemokratie herrscht nicht die Berufsbefähigung, sondern der Reib. Wird Herr Liebknecht vorgeworfen, daß er 7000 M. Gehalt hat? (Zuruf Liebknecht's: In Ihren Zeitungen!) Nein, nicht in unsern Zeitungen, sondern in Ihren Versammlungen. Eine Partei, in welcher solche Vorwürfe gegen die Führer erhoben werden, ist keine derartige, welche einen Zukunftsstaat aufzurichten kann. Sie schimpfen immer über die Tyrannei, aber ist denn die Tyrannei bei der Sozialdemokratie nicht ebenso groß? Es ist Herrn Bebel nur nicht gelungen, die Jungen aus der Partei hinauszujagen (Widerspruch bei den Sozialdemokraten), er würde es heute noch gern thun. In sozialdemokratischen Unternehmungen hat sich gezeigt, daß die Autorität des Unternehmers nicht vorhanden war, und im sozialdemokratischen Staats würde noch viel weniger Autorität vorhanden sein. Sie werden hier gezwungen werden, Ihren sozialistischen Staat darzulegen. Wenn Sie nicht eine sozialistische Vätervereinsgesellschaft leiten können, dann können Sie keinen Staat leiten. Wir machen den Sprung ins Dunkle nicht mit, und ich bin überzeugt, der deutsche Arbeiter macht ihn auch nicht mit (Zustimmung). Er wird fragen: Wie sieht der Staat aus, und wenn Sie ihn nicht darstellen können, fürchten Sie sich vor den Folgen! Die Arbeiter werden Rechenschaft verlangen von denen, die ihnen lächerliche Phantasmatia vorgetragen haben. Hier sind in Volkserklärungen die Veden vollgenommen worden. Sie werden das nicht von Ihren Hochschülern abschütteln können, wie Sie den Bergarbeiter- und Buchdruckerstreik von sich abgeschüttelt haben. Die kleinen Agitatoren leben von der Parteikasse, wie Sie davon leben. (Zustimmung.) Wir wollen in der ruhigsten, objektivsten Weise über Ihren sozialdemokratischen Staat sprechen, aber ein leeres Bahndbild werden wir nicht anerkennen. (Sehhafter Beifall rechts und im Zentrum.)

Abg. Sebel beantragt die Vertagung der Verhandlung, wird dabei aber nur von den Freisinnigen und einigen Mitgliedern des Zentrums unterstützt. Da die Abstimmung durch Aufstehen und Eigenbleiben zweifelhaft ist, erfolgt die Zahlung des Hauses, welche die Anwesenheit von nur 147 Mitgliedern ergibt, von denen 88 für und 79 gegen die Vertagung gestimmt haben. Das Haus ist also beschlußunfähig. Die Verhandlung wird abgebrochen.

Schluß nach 5 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. (Anträge aus dem Hause.)

## Parteinachrichten.

**Protestversammlungen gegen die Militärvorlage** haben stattgefunden in Wermelskirchen (Ref. Reichstags-Abgeordneter Schumacher).

Bei der **Gemeinderaths-Wahl** in Groß-Rähnau bei Dessau wurden in der dritten Klasse die von den Arbeitern aufgestellten zwei Kandidaten gewählt. Bei dieser Wahl ist die merkwürdige Thatsache festgestellt, daß, entgegen den Bestimmungen der Stadt- und Bezirksordnung, in der zweiten Klasse seit vier Jahren keine Erziehungskassenbestände vorhanden sind. Man hat darüber jetzt bei der Dessauer Kreisdelegation Beschwerde geführt.

Zum **Anfall der Augsburger Gewerbegerichts-Wahl** schreibt die „Münchener Post“: Der Sieg der Sozialdemokratie erhält seine besondere Bedeutung durch die eigenthümlichen Verhältnisse der schwäbischen Kreisstadt. In keiner größeren Stadt Bayerns herrscht ein solcher Fabrikanten-Despotismus, nirgendwo ist der Ring des Unternehmertums, ohne jede Rücksicht auf politische und konfessionelle Parteiverhältnisse, so eng zur Niederhaltung der Arbeiter geschlossen. Auch diesmal hatten sich alle Nichtsozialisten zu einer großen Koalition verbunden, wobei die Arbeiter die Statisten spielten und die Fabrikanten die Helden zogen. Während sonst Augsburg wegen seines starren Konfessionalismus berüchtigt ist und hier seit alter Zeit keine protestantische Wurst in einer katholischen Platte gebraten werden kann, hatten sich hier die protestantischen und katholischen Arbeiter und Gewerbetreibenden schnell vereinigt, um die Sozialdemokratie zu bekämpfen. Aber alles nützte nichts, und die Freunde unserer Augsburger Genossen ist natürlich eine große.

**Partei-Organisation.** In Kreuznach wurde am 22. Januar nach einem Vortrage des Genossen Berg ein sozialdemokratischer Wahlverein gegründet. 20 Personen erklärten sofort ihren Beitritt.

**Von der Agitation.** Auch im Gebiete zwischen München und Salzburg macht die sozialdemokratische Bewegung erfreuliche Fortschritte. In Traunstein, Rosenheim, Kolbermoor, Aibling, Troiberg, Berchtesgaden, Reichenhall und Salzburg — überall hat die Partei festen Fuß gefaßt, und die dort wohnenden Genossen lassen es sich sehr angelegen sein, die Ideen des Sozialismus immer weiter ins Land zu tragen. — Wie bereits angekündigt worden ist, vertheilten am Sonntag die Genossen in Mannheim ein Flugblatt, das die Nothstandsrede des Abg. Dresdenbach enthielt. Die Verbreitung der in einer Auflage von 88 000 Exemplaren gedruckten Schrift wurde im ganzen Wahlkreise vorgenommen, und in allen Dörfern ist die Aufnahme der Genossen eine freundliche gewesen. Die Versammlungen, die Nachmittags und Abends in mehreren Orten stattfanden, sind gut besucht worden, so daß das agitatorische Unternehmen auch in dieser Beziehung ersichtlich guten Erfolg gehabt hat. Die süddeutschen Genossen sind überhaupt jetzt außerordentlich thätig, um dem Sozialismus neue Anhänger zu gewinnen.

In **Leipzig** sprach Frau Alara Jettin aus Stuttgart in einer stark besuchten Volksversammlung über das Thema: „Die Frauen des Proletariats und der Militarismus“. Sie erntete rauschenden Beifall. Die Versammlung erklärte sich dann einstimmig mit der Resolution einverstanden, die auf dem Berliner Parteitag gegen den Militarismus beschlossen worden ist.

**Heber die Verhaftung Friedrich Köster's in Zürich** wird der Magdeburger „Volkstimme“ von dort gemeldet, daß das Vergehen, wegen dessen seine Auslieferung verlangt wird, nach Ansicht seiner Anhänger ein politisches sei. Weiter heißt es in der Zeitschrift: Köster hat gegen seine Auslieferung protestirt, so daß das Bundesgericht in die Lage kommen wird, darüber zu entscheiden, ob dem Auslieferungsantrag entsprochen werden muß. Herr Professor Fischer hat sich bereit erklärt, Köster's Sache vor dem Bundesgericht zu führen.

Aus **New-York** wird geschrieben: Aus der im vorigen Briefe (Nr. 20 des „Vorwärts“) gemeldeten neuen Wahlkampagne im Staate New-York ist nichts geworden, indem die Legislatur die Sache in normaler Behandlung nahm und den Beschluß faßte, die Wahlen zur Verfassungs-Revisions-Konvention zusammen mit den allgemeinen Wahlen im November vornehmen zu lassen. Auch wurden einige Änderungen getroffen, so die, daß der Gouverneur keine Vertreter aus den Reihen der Prohibitivisten und Arbeiter-Organisationen zu ernennen habe, sondern die bei den letzten Wahlen nach den Demokraten und Republikanern als stärkste Parteien aus der Wahlurne hervorgegangenen drei politischen Organisationen je zwei Vertreter ernennen sollen, so

daß neben der Prohibitivisten- und der Peoples-Partei auch die sozialistische Arbeiter-Partei durch zwei Abgeordnete auf der Konvention vertreten wäre. Damit hat es aber freilich noch gute Wege; es ist höchst wahrscheinlich, daß man schon vor Annahme jener Bestimmung einen „Tritt“ ausgeliefert hatte, durch den die Konzeption an die Minoritäten — außer der republikanischen — illusorisch gemacht wird. Selbstverständlich wird aber die sozialistische Arbeiterpartei an dem Wahlkampfe energisch theilnehmen.

Es finden jetzt innerhalb der sozialdemokratischen Partei **Urabstimmungen** darüber statt, ob in diesem Jahre eine Partei-Konvention stattfinden und die Partei auf dem internationalen Kongress in Zürich vertreten sein soll. Kritere wird von vielen Seiten für nöthig gehalten, um die Vereinigungsfrage definitiv zu regeln.

Der frühere Pfarrer **Kentecoff**, welcher vor einigen Jahren so viel von sich reden machte, und bis ins anarchoistische Fahrwasser in den Vereinigten Staaten, dem Newyorker demokratischen Ring „Sammy Hall“ geworden, dem der andere „vielleichtprechende“ Amerikaner, Henry George, schon lange angehört.

## Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Das **Dresdener Oberlandesgericht** hat das Urtheil des Zwickauer Landgerichts bestätigt, wonach unser Genosse G. Gladowitz wegen Beleidigung des Reinsdorfer Grubenvorstandes ein Jahr lang im Gefängnis sitzen soll. Gladowitz will jedoch, wie das „Sächsische Volksblatt“ mittheilt, die Wiederaufnahme des Verfahrens beantragen, da er hierzu die erheblichsten Gründe hat. Hoffentlich blüht ihm Erfolg. Das Zwickauer Urtheil hat in den weitesten Kreisen Befremden erregt.

Der antisemitische Buchdruckerbesitzer **Ferd. Glöb** in Dresden wurde wegen Beleidigung des Buchhändlers Hermann Goldstein, früher in Dresden, jetzt am „Sächsischen Volksblatt“ in Zwickau, vom Dresdener Gericht zu 100 M. Geldstrafe oder 10 Tagen Gefängnis, Tragung der Kosten, Urtheilspublikation im „Dresdener Anzeiger“ und Erstattung der dem Kläger erwachsenen notwendigen Kosten verurtheilt. Glöb hat eine Schrift „Der rothe Nidel“ herausgegeben, in welcher unter anderen Unwahrheiten auch die enthalten ist, daß Goldstein sich der Unterschlagung von Abonnementsgeldern schuldig gemacht habe. Das Gericht stellte die Unwahrheit dieser Behauptung ausdrücklich fest. Bei der Strafabmessung berücksichtigte es, daß Glöb wegen Beleidigung noch nicht bestraft war und die Broschüre aus „patriotischen“ Gründen geschrieben worden ist.

Die Untersuchung, welche gegen den Genossen **Sätkind** in Mannheim wegen der händlerischen Unterschlagungen eingeleitet war, ist, wie die „Volkstimme“ mittheilt, vollständig eingestellt.

Die **Bielefelder „Volkswacht“** schreibt: „Unsere Leser erinnern sich, daß im vorigen Frühjahr von einer Parteiverammlung beschlossen worden war, Genosse Groth solle den Polizeiwachmeister Thiele und den Schuhmann Rade bei der Staatsanwaltschaft wegen des bringenden Verdachtes, falsche eidliche Aussagen in der Gerichtsverhandlung am 9. März 1892 gemacht zu haben, zur Anzeige bringen. Wie wir erinnern wollten, handelte es sich darum, daß Thiele beschworen hatte, er habe bei der gewaltsamen Räumung des Bielefelder Saales im September 1891 seinen Säbel nicht gezogen, und daß Rade beschworen hatte, er habe bei jener Räumung die auf der Wähne befindlichen Personen nicht mit Geschossen mittels seines erhobenen Revolvers bedroht. Redakteur Groth hat den Auftrag der Verammlung vollzogen und vor einigen Tagen, wie wir zuverlässig erfahren, den Bescheid erhalten, daß die beiden Angeklagten auf Grund einer stattgehabten gerichtlichen Voruntersuchung durch Beschluß der hiesigen Strafkammer vom 6. Januar d. J. mangels genügenden Beweises außer Verfolgung gesetzt sind. Wir theilen lebhaftig diesen gerichtlichen Beschluß unserem Leserkreise mit, da wir überzeugt sind, daß er auch ohne eine begleitende Besprechung die ihm zukommende Beachtung und Beurtheilung finden wird.“

Der **Pegauer Vertrauensmann** unserer Partei soll 9 Mark Strafe bezahlen oder 3 Tage Haft verbüßen, weil er in einer Volksversammlung mehrere Personen auf deren Wunsch Parteimarken vertheilt und das Geld dafür angenommen hat. Das soll eine geschwundene öffentliche Sammlung gewesen sein, wozu angeblich die polizeiliche Erlaubnis hätte eingeholt werden müssen. Wegen Vornahme einer Zellerammlung — was in Pegau verboten — soll ein anderer Genosse 6 M. Strafe zahlen oder 2 Tage „brummen“. Gegen das erstere Strafmandat wird Widerspruch erhoben. Diefelbe Pegauer Polizei läßt es nicht zu, daß auf die Tagesordnungen von Versammlungen der Punkt „Parteiangelegenheiten“ gesetzt wird. Wahrscheinlich ist er ihr zu vieldeutig. Pegau liegt natürlich in Sachsen.

## Lokales.

Zum **Nothstande.** Herr Oberbürgermeister Zelle hat bekanntlich verschiedene Deputationen von Arbeitslosen in lebenswichtigster Weise empfangen und denselben die Zusicherung gegeben, zur Binderung des Nothstandes in Berlin zu thun, was in seinen Kräften stehe. Um so unangenehmer wird von der nothleidenden Bevölkerung Berlins die plötzliche Erhöhung des Koalpreises von 1 Mark pro Hektoliter auf 1,10 M. empfunden, wie solche seit Donnerstag voriger Woche, wie uns geschrieben wird, in der städtischen Gasanstalt in der Müllerstraße (und auch wohl in den sonstigen städtischen Gasanstalten) in Kraft getreten ist. Wenn man bedenkt, daß gerade die arme Bevölkerung auf dieses Feuerungsmaterial angewiesen ist, wenn man steht, wie Frauen und Kinder sich mühsam schüsselweise den Koals aus den Gasanstalten holen, so begreift man den Unwillen, welchem diese Maßnahme begegnet. Man hätte wohl erwarten sollen, daß in der jetzigen Zeit des doch nicht mehr hinwegzuleugnenden Nothstandes die Koalpreise eher herabgesetzt, als erhöht worden wären, zudem zu dieser letzteren Maßnahme gewöhnlichen Sterblichen ein zwingender Grund nicht ersichtlich ist. Man hat wenigstens noch nicht gehört, daß die Gasanstaltsarbeiter z. B. höhere Löhne erhalten und daß aus diesem Grunde die Koalpreise hätten erhöht werden müssen. Oder sollte gar der letzte Bergarbeiter-Konflikt die Koalpreise in Berlin beeinflusst haben? Wog dem man sein, wie ihm wolle, mag die Verwaltung der städtischen Gasanstalt zu der Erhöhung des Koalpreises veranlaßt sein, wodurch sie wolle, immerhin erscheint der jetzige Zeitpunkt zu einer derartigen Maßnahme durchaus ungeeignet, denn die arme Bevölkerung, die mit jedem Pfennig rechnen muß, wird hierdurch ganz erheblich belastet. Erschwerend tritt hinzu die Art und Weise, wie die Erhöhung des Koalpreises ins Leben getreten ist, d. h. wie sie den Konsumenten zur Kenntnis gebracht worden ist. Man beschränkte sich einfach darauf, am Verkaufsschalter in der Gasanstalt einen weißen Zettel anzulegen des Inhalts: Von heute (oder morgen) ab kostet das Hektoliter Koals 1,10 M.! Wohl nur die Wenigsten hatten rechtzeitig von dieser „Bekanntmachung“ Kenntnis genommen und konnten sich danach einrichten. Die Meisten waren auf eine Erhöhung des Koalpreises nicht vorbereitet. Kinder, die von den Eltern geschickt worden waren, Koals für den Familienbedarf zu holen und denen nicht mehr Geld als 1 M. (der bisherige Koalpreis pro Hektoliter) mitgegeben worden war, Leute, die sich nicht mehr Geld mitgenommen hatten, als sie zu gebrauchen vermeinten, mußten unverrichteter Sache wieder umkehren. Ja, unserm Gemüthsmanne passirte es sogar (und wie ihm ist es wohl auch Anderen ergangen), daß er überhaupt nur noch 1 M. im Vermögen besaß, die er in Koals anlegen wollte, und nun in

die zwingende Notwendigkeit verfehlt wurde, alles anzubieten, um in den Besitz noch eines Nidels zu gelangen, damit er sich in der südlichen Gasanstalt in der Müllerstraße ein Heftlöcher Koaks zu kaufen vermochte. Alles dieses bildet einen seltsamen Kontrast zu der Lebenswürdigkeit des Herrn Oberbürgermeisters und bildet ein seltsames Vorspiel zu all dem Schönen, das da kommen soll.

**Eine Illustration zum „Abegefeh“.** Der Lohgerber N. Dellrich ist seit mehreren Jahren lungenleidend. Wie es bei dieser Krankheit gewöhnlich der Fall ist, war Dellrich in den letzten drei Jahren zwei bis drei Monate im Jahre erwerbsunfähig, ging aber immer wieder, sobald sein Gesundheitszustand es nur irgend zuließ, seinem schweren Berufe nach. Im Dezember v. J. warf ihn aber die tödtliche Krankheit dauernd aus dem Krankenzimmer. Während der Dauer eines Jahres wurde durch das aus einer Krankenkasse bezogene Krankengeld die äußerste Noth von ihm abgehalten. Als aber mit Ablauf eines Jahres die Berechtigung zum Bezuge von Krankengeld für Dellrich aufhörte, trat die bitterste Noth an ihn heran. Um diese ein wenig zu lindern, wurde ihm gerathen, die Invaliditätsversicherung in Anspruch zu nehmen, da der ihn behandelnde Arzt ihn für dauernd arbeitsunfähig erklärte. Es wurde auch alles in die Wege geleitet und gab sich Dellrich schon der süßen Hoffnung hin, Invaliditätsrentner zu werden. Da erschien der Vertrauensarzt der Behörde, Herr Sanitätsrath Dr. Becker, bei ihm, um ihn vorchriftsmäßig zu untersuchen. Herr Sanitätsrath Dr. Becker fand den zum Skelet abgemagerten Dellrich in der Wette liegend vor und untersuchte ihn. Das Resultat der Untersuchung war folgendes Gutachten, welches dem Dellrich abschriftlich zuzuging: Der Lohgerber Dellrich ist noch im Besitz so vieler Kraft, daß er noch Däten leben und im Jahr bei dieser Arbeit 181 M. 0,5 Pf. verdienen kann. Wüßte man sein Verh. um Invaliden-Unterstützung abgewiesen werden.

Wenn auch ein Laie nicht auszurechnen vermag, ob ein hochgradig Schwindsüchtiger noch so viel Kraft besitzt, um Däten leben und bei dieser Arbeit im Jahre 181 M. 0,5 Pf. verdienen zu können, so drängt sich doch unwillkürlich jedem die Frage auf: Wer giebt denn einem solchen, an Lungenchwindsucht krank darniederliegenden Menschen überhaupt Arbeit und so viel Arbeit, daß er die ausgerechnete Summe zu verdienen vermag? Mehr aber noch muß dieser Anspruch von einem Arzt bestritten, wenn man die Sache vom sanitären Standpunkt aus betrachtet, denn nachgewiesen ist die leichte Uebertragbarkeit des Schwindsüchtigen und aus diesem Grunde erscheint das Dätenleben für einen Schwindsüchtigen gewiß die allergeeignteste Arbeit, da Däten gemeinhin zur Aufnahme von Nahrungs- und Genußmitteln der Menschen dienen. Angesichts eines solchen ärztlichen Gutachtens und der Mühe und Umstände, welche erforderlich sind, um in den Genuss einer Invaliditätsrente zu gelangen, kann man sich nicht wundern, wenn die „Kernung des sozialen Gehäuses“ so wenig Freunde unter den Arbeitern findet.

Der „Demokratische Verein“ Berlins, der sehr stark an der Schwindsucht leidet, hielt am Montag eine Versammlung ab, in welcher ein Herr Dr. Gröger über „Arbeitslosigkeit“ sprach. Von Arbeitslosigkeit war freilich keine Spur zu entdecken, wohl ein Beweis, wie wenig Vertrauen diese zu den „Demokraten“ haben. — Gleich Anfangs seines Referats gab der Herr Doktor ein Pröbchen seines demokratischen Geistes ab. Er betonte, daß er auf dem Boden des bestehenden Wirtschaftssystems stehen und daß er die Frage nur von diesem Gesichtspunkte aus behandeln werde; wer etwa die Absicht habe, in der Diskussion von einem andern Standpunkte aus zu sprechen, den rathe er, lieber sein Bier auszutrinken und zu gehen. Die große Zahl (etwa die Hälfte der jetzt 80 anwesenden Personen) unserer Genossen folgte diesem wohlgemeinten Rathe nicht, sondern nahm in der Diskussion Gelegenheit, die nationalökonomischen Irrthümer des Herrn Doktor etwas zu verächteln. Das A und das O seiner Ausführungen war die Selbsthilfe, die Arbeiter sollten ihren und Klassen anlegen behufs Versicherung gegen Arbeitslosigkeit. Die Verkürzung der Arbeitszeit habe eine Erhöhung des Lohnes nicht zur Folge. Ueberhaupt müsse Rücksicht genommen werden auf die ausländische Konkurrenz. Er verwies weiter auf die „großen Ungerechtigkeiten“ der alten englischen Gewerkschaften durch ihre Unterhaltungskassen. Den anwesenden Sozialdemokraten, die überhaupt die Situation beherrschten, fiel es nicht schwer, die Schiefheiten der Ausführungen des Herrn zu widerlegen, so daß er in seinem Schlussworte darauf verzichtete, auf „alle angeführten Punkte zu antworten“, sich dies für ein „andermal aufsparend“.

Der Detailhandel in der Zentralmarkthalle ist gestern in seinem vollen Umfange wieder aufgenommen worden, nachdem die Abfristungsbearbeitung am Montag Abend beendet worden sind. Nur auf den Gallerien ist an einzelnen Stellen die Absperrung noch aufrecht erhalten, insofern dies die Reparatur der von der Feuerwehr eingeschlagenen oberen Lichtreihen erfordert. Die Aufräumungsarbeiten und die Abfuhr der verbrannten Waaren werden noch nach ungefährer Schätzung etwa 8 Tage in Anspruch nehmen, obwohl eine große Anzahl Arbeiter ständig mit dem Verladen des Schuttes beschäftigt ist. — Uebrigens ist bisher noch nicht bekannt geworden, daß die Wasserleitung in der Halle infolge des Feuers schadhaft geworden ist; die neuen Ergänzungsrohre werden gelegt, bis dahin findet Absperrung des Wassers statt. Wie uns ferner mitgetheilt wird, haben die Werkschafften der Feuerwehr, insbesondere aber die Schlauchleitungen infolge der enormen Hitze stark gelitten und sind zum Theil reparaturbedürftig geworden. Von den erkrankten Feuerwehrleuten sind auch jetzt noch eine Anzahl wegen Augenleiden dienstunfähig.

**Unter dem Titel „Der Kampf gegen die Cholera in Berlin“** veröffentlicht der ärztliche Bezermer beim Polizeipräsidium, Regierungs- und Medicinalrath Dr. Wernich, in der von ihm redigirten „Vierteljahresschrift für gerichtliche Medicin“ einen Rückblick auf die Abwehrmittel gegen die Cholera während des letzten Sommers in Berlin. Aus dem Neuen, das in dem Artikel geboten wird, ist u. a. die Mittheilung bemerkenswerth, daß das Publikum seine Hauptbeihilfe in Nahrungsmittel-Angelegenheiten betheiligte. Das Polizei-Präsidium gab den Rezipienten Anweisungen, denen die Mahnung hinzugefügt war, daß sie nirgend Ueberserfer gegen das Publikum oder die Hausbesitzer anwenden, keine Kleinlichen Differenzen herbeiführen und die besonnene Hülfeleistung als die erste der Pflichten ansehen sollten. In den Sanitätsnachrichten war Tagesdienst mit ständig anwesenden Ärzten organisiert. 21 000 M. wurden den einzelnen Wachen in Beträgen von 1000—2500 M. überwiesen. Es sind im ganzen 1078 Fälle, in denen während der Zeit der Choleraepidemie die Wachen in Anspruch genommen wurden und Hülfe leisteten; darunter waren jedoch nur 205 Choleraverdächtige und brechruhrartige Krankheitsfälle. Direkt vom Polizeipräsidium aus erfolgte die Anstellung von 12 Polikliniken, die den ärztlichen Dienst an den Bahnhöfen (Lehrter, Schleißer, Bahnhof Charlottenburg) und von zwei Zivilärzten, welche die Schiffer-Requisition an der Ploßengasse u. d. m. übernahmen. Mit den Ärzten wurde ein Vertrag abgeschlossen, wonach sie für Dienstleistung während der Tagesstunden (8 morgens bis 10 Abends) 12 Mark, für Nachtwache (von 10 Abends bis 8 Morgens) 20 Mark enthielten. Insgesamt wurden 83 Fälle von Cholera asiatica festgestellt und behandelt, von denen 17 starben. Dr. Wernich betont den Nutzen der Desinfektion und erklärt, daß hier jede Verschwiegenheit sich räche. Die Frage: „Was soll in Zukunft geschehen?“ beantwortet er zum Schlusse folgendermaßen: Vor allem brauchen wir jedenfalls — genau so wie gegen die oder ländergelegte Nachbarn — einen förmlichen Cholera-Mobilisationsplan, der die eckdrückenden Arbeiter auf alle tragfähigen Schultern vertheilt und so eine systematische Organisation an die Stelle tritt, halbblinder, das Ziel nicht

erreichender oder darüber hinausschlagender Abwehrbewegungen setzt.

**Ein „Gefährter“ versucht den anderen zu beschleichen.** Ein „Hotelgast“ hat, wie ein Berliner Blatt berichtet, in der Nacht zum Sonntag den Haushofmeister des Prinzen Friedrich Karl von Hessen, Herrn G., heimgeführt; derselbe, der nicht unbeträchtliche Summen für den Prinzen in seinem Verwahrsam hat, mußte für einige Tage in einem hiesigen Hotel, und zwar in einem der vornehmsten, Quartier nehmen. In der genannten Nacht erwachte dort Herr G. in seinem Bett und vernahm im Zimmer ein Geräusch, das er anfangs dem Vorhandensein von Mäusen zuschrieb. Als er sodann auf dem Bedbett eine Bewegung wahrnahm, packte Herr G. rasch zu und faßte zu seiner Ueberraschung eine Menschenhand. Im selben Moment sprang ein Mann, der vor dem Bette gefesselt hatte, heftig auf und stürzte, während Herr G. laut um Hilfe rief, zur Thür hinaus. Auf diese Weise eilten Hausbedienstete und mehrere Gäste hinzu; unter letzteren befand sich ein angeleglicher Baron, den Herr G. als den Einschleicher bezeichnete, der aber entschlossen dagegen stritt. Am nächsten Morgen war der „Herr Baron“ spurlos aus dem Hotel verschwunden und die Kriminalpolizei jagdet jetzt auf ihn, nachdem sie von dem Vorgang in Kenntniß gesetzt worden ist.

**Eine vornehm gekleidete Dame** zog gestern Abend in der Friedrichstraße die Aufmerksamkeit der Männerwelt auf sich. Ein junger Mann näherte sich der verschleierten Schönheit und trug ihr Arm und Geleit an. Stumm schritten Beide bis an ein Haus der Markgrafenstraße, und der Begleiter konnte es sich nicht versagen, sein Geleit bis auf den Hausflur auszuweihen, um hier eine Liebeserklärung zu sammeln. Da er keine Zurückweisung erfuhr, so folgte er dem Fräulein die Treppen hinauf bis in ihr Zimmer, wo eine Gasflamme brannte. Bis jetzt hatte die Dame noch kein Wort gesprochen. Da auf einmal löschte sie das Licht aus, fiel dem Begleiter härmlich um den Hals und in einer vollkündenden Hastigkeit erklarte die Worte: „Mensch, ich liebe dich.“ Entsetzt prallte der junge Mann zurück, rannte auf die Straße und rief einem Schuttmann zu: „ein Mann in Weiberkleidern!“ Der Beamte forschte nach, führte die räthselhafte Persönlichkeit nach der Polizeiwache in der Lindenstraße und stellte hier fest, daß ein Geisteskranker, Namens Ludow, in den Frauenkleidern stecke. Dieser war erst vor kurzem aus der Irrenanstalt in Dalldorf entlassen worden und leidet an der Wahnvorstellung, daß er ein Mädchen sei.

**Von Herrn von Schlieben wie vom Grafen Kurt Kalkreuth** haben wir Berichtigungen in der famosen Album-affäre erhalten. Kalkreuth will von der ganzen Geschichte keine Ahnung haben, während Schlieben durch Zeugen beweisen will, daß Kalkreuth seine Zustimmung zu der Sache gegeben. Schlieben versichert ferner, daß es ihnen beiden um keinerlei Gewinn zu thun gewesen sei; alles, was an Geld und Geldwerth einging, sollte für das Album verwendet werden. „Es handelte sich nur darum, Sr. Majestät eine Freude zu bereiten. Daraus geht die Heillosigkeit der gegen uns erhobenen Verdächtigungen wohl zur Genüge hervor.“

**Der Bauunternehmer Mich,** welcher kürzlich wegen Entführung eines sechzehnjährigen Mädchens zu einer halbjährigen Gefängnisstrafe verurtheilt worden ist, hat sich der Verbüßung der Strafe durch die Flucht entzogen. Die Polizei hat bei mehreren Personen, von denen sie vermutet, daß sie den M. verborgen hätten, Hausdurchsuchungen abgehalten, die jedoch ohne Ergebnis waren.

**Ein grauenhafter Unglücksfall** ereignete sich am gestrigen Nachmittag gegen 8 Uhr in Charlottenburg. Arbeiter waren damit beschäftigt, soden gelochten Kalk in Mulden auf einen Neubau zu tragen. Auf einer Leiter ging der 35 Jahre alte Arbeiter Valentin Krupke, Urbanstraße 118 in Berlin, hinter einem Kollegen her, aus dessen Mulde ein Theil des noch heißen Kalkes spritzte und Krupke in das Gesicht traf. Mit einem gellenden Schrei sank er rücklings über und mußte sofort nach der Charitée gebracht werden. Hier ergab sich, daß das rechte Auge gänzlich ausgebrannt war.

**Konfiskirt in der „Volks-Zeitung“** zufolge auf Antrag der Staatsanwaltschaft Post 8 der im Verlage von Otto Garnisch erscheinenden Halbmonatsschrift „Lichtstrahlen“ wegen Vergehens gegen § 17 des Preßgesetzes, weil in dem betreffenden Heft der Beschluß über die im Dezember konfiskirten Heft 3 und 5 derselben Zeitschrift abgedruckt war. Hiergegen ist seitens des Verlegers Beschwerde eingelegt worden, da das Preßgesetz (§ 17) nur die Veröffentlichung der Anklageschrift oder amtlicher Schriftstücke eines Strafprozesses durch die Presse vor der gerichtlichen Verhandlung unter Anklage stellt, während der Konfiskationsbeschluß nur eine amtliche Verfügung sei und mit dem Strafprozeß nichts zu thun habe. In einem gleichen Falle wurde kürzlich eine ebenfalls deswegen konfiskirte Nummer des unabhängigen Organs „Sozialist“ wieder freigegeben. — Von den konfiskirten Heften 3 und 5 ist die Konfiskation aber das erstere an denselben Tage, an welchem Post 8 beschlagnahmt wurde, wieder aufgehoben worden.

**In der Annonce** in der gestrigen Nummer bezüglich einer Versammlung, die im Schützenhause, Linienstr. 5, stattfinden und in welcher der Abg. Hoffmann-Schönheim sprechen sollte, ist irrthümlich der erste statt des fünften Wapstereins gesetzt worden. Wir bitten unsere Leser, diesen Fehler zu berichtigen.

**Herr Paul Zimmermann,** Schreiber, Weinbergweg 11a, ersucht um die Mittheilung, daß er mit dem im gestrigen Berichttheil erwähnten Schreiber gleichen Namens nicht identisch ist.

**Aufforderung!** Der Rahmentischler W. Schade, wohnt in Adlershof wohnhaft und in Berlin, Kottbuser Ufer 82 bei Krizan in Arbeit, wird aufgefordert, sofort seine jetzige Adresse bei Herrn Pöcker, Vertrauensmann, Bismarckstr. 51, abzugeben.

**Marktpreise in Berlin am 30. Januar,** nach Ermittlungen des Polizeipräsidiums. Weizen per 100 Kg. guter von 16,00—18,50 M., mittlerer von 15,40—14,90 M., geringer von 14,80—14,30 M. Roggen per 100 Kg. guter von 13,80—13,40 M., mittlerer von 13,30—13,00 M., geringerer von 12,90—12,50 M. Gerste per 100 Kg. gute von 17,50—16,90 M., mittlere von 16,20—15,10 M., geringe von 15,00—13,80 M. Hafer per 100 Kg. guter von 15,80—15,10 M., mittlerer von 15,00—14,90 M., geringer von 14,20—13,50 M. Stroh, Nicht- per 100 Kg. von — M. Heu per 100 Kilogr. von — M. Erbsen per 100 Kg. von 40,00—25,00 M. Speisebohnen, weiße per 100 Kg. von 50,00—20,00 M. Linsen per 100 Kg. von 80,00 bis 30,00 M. Kartoffeln per 100 Kg. von 7,00—4,50 M. Rindfleisch von der Keule per 1 Kg. von 1,60—1,20 M. Bauchfleisch per 1 Kg. von 1,80—0,90 M. Schweinefleisch per 1 Kg. von 1,50—1,10 M. Kalbfleisch per 1 Kg. von 1,60—0,90 M. Hammelfleisch per 1 Kg. von 1,50—0,90 M. Butter per 1 Kg. von 2,80 bis 1,80 M. Eier per 60 Stück von 7,00—3,60 M. Fische per 1 Kg.: Karpfen von 2,40—1,20 M. Kalle von 2,80—1,00 M. Zander von 2,40—0,80 M. Seehe von 1,80—1,00 M. Barsch von 1,80—0,70 M. Schleis von 2,40—0,60 M. Meie von 1,40 bis 0,70 M. Krebse per 60 Stück von 9,00—2,00 M.

**Polizeibericht.** Am 30. v. M. Vormittags wurde auf einem eingezäunten Grundstücke an der Döberstraße der am 27. v. M. aus dem Gefängniß in Hummelburg entlassene Schneider Hübner todt aufgefunden. Derselbe hat sich anscheinend auf dem Wege nach dem Ugl für Obdachlos, auf das erwähnte Grundstück begeben und ist dort erstorben. — Eine

Frau stürzte sich aus einem Fenster ihrer im ersten Stock des Hauses Joachimstr. 20 belegenen Wohnung auf den Bürgersteig hinab und erlitt anscheinend schwere innere Verletzungen. — Auf dem Hofe des Grundstücks Charitestr. Nr. 3 fiel Abends ein Arbeiter zur Erde und erlitt dabei so schwere Verletzungen am Fuße, daß er nach der Charitee gebracht werden mußte. — Im Hause Bülowstraße 27 fiel eine 79jährige Frau von der Treppe und brach den Unterarm. Sie wurde nach dem Elisabeth-Krankenhaus gebracht. — In der Nacht zum 31. v. M. wurde ein pensionirter Beamter in seiner Wohnung, in der Marienburgerstraße, erhängt aufgefunden. — Am 30. v. M. Nachmittags entstand in dem Lagerraum der Gut- und Mähenfabrik von Scheier u. Herz im dritten und vierten Stock des Quergebäudes des Hauses Reherstraße 28 Feuer, wodurch ein großer Theil der dort lagernden Vorräthe zerstört wurde. Außerdem fanden im Laufe des Tages und in der darauf folgenden Nacht sechs kleine Brände statt.

## Gerichts-Beilage.

**Der Herr Engrosschlächter.** Eine recht empfindliche Strafe wegen einfachen Bankrotts traf den Engrosschlächtermeister Albert Emil Viktor Spiering aus Neu-Weißensee, der am Dienstag vor der ersten Strafkammer am Landgericht II stand. Derselbe hat mit einem Baarvermögen von 9000 M. im Jahre 1889 ein Engrosschlächterece etablirt und im Jahre einen Umsatz von 250 000 bis 280 000 M. erzielt. Trotzdem hat er es unterlassen, ordnungsmäßige Bücher zu führen. Anfang März d. J. wurde es der Versicherungsbank der Berliner Viehkommissionäre bekannt, daß Spiering in verschiedenen Fällen die Versicherungsbank betrogen hatte. Die Versicherung hat den Zweck, den Schlächtern den Schaden zu ersetzen, der den letzteren dadurch entsteht, daß die Thierärzte geschlachtetes Vieh als ungesund verworfen und der Abbederei überweisen. Spiering soll nun vier oder sechs vermorfene Rindvieh nicht an die Abbederei abgeliefert und in den Vertheil gebracht, trotzdem die Versicherungsgelder von der Bank abgehoben haben. Daraufhin beschloß die zur Bank gehörigen Kommissionäre, an Spiering nur noch Vieh ohne Garantie zu verkaufen, mit anderen Worten, ihn von der Versicherung auszuschließen. Nunmehr stellte der Angeklagte seine Zahlungen ein, nachdem er noch am 14. und 21. März Kredite von 14 000 M. in Anspruch genommen hatte. Er bot den Gläubigern 50 pCt. an, als diese sich aber damit einverstanden erklärten, zog er den angebotenen Alford zurück und verhandelte sich zu nichts. Jetzt beschloß der Verein zur Wahrung der Interessen der Viehkommissionäre, an Spiering überhaupt nicht mehr, selbst nicht gegen Baar zu verkaufen. Die Gläubiger ließen am 8. April d. J. den Konkurs eröffnen. Der gerichtliche Bücherrevisor Löpfer fand weder eine Bilanz noch ausreichende Bücher vor, nur mit Mühe konnte er feststellen, daß 5000 M. Forderungen außer Standen, während 10 000 M. Schulden vorhanden waren. Außer wegen des Betrages gegen die Konkursordnung wurde Spiering wegen Betruges in drei Fällen angeklagt, weil er sich die letzten Kredite durch falsche Vorpiegelungen erschlichen haben sollte. Wegen des Betruges mußte er auf Grund eines Non liquet freigesprochen werden. Wegen des Bankrotts beantragte der Staatsanwalt 14 Tage Gefängniß, mit Rücksicht jedoch auf die Reichthümer der Angeklagten wurde der Gerichtshof auf drei Monate Gefängniß.

**Die fast unbegreifliche Unvorsichtigkeit eines Arbeiters** hat am 18. Juli v. J. auf dem Bahnhofe Friedrichstraße einen schweren Unglücksfall verursacht, welcher von der Anklagebehörde dem Stationsassistenten Kuban zur Last gelegt wurde. In der Mittagsstunde des gedachten Tages sollten auf dem Bahnhofe Friedrichstraße zwei mit einem Fernzuge angekommene Wagen auf ein todttes Geleise geschoben werden. Diese Verschlebung zu leiten, lag dem Angeklagten ob; welcher aber bei dem bekannten Riesenverkehr auf diesem Bahnhofe mit dem Perrondienste vollaus belastet war. Er beauftragte deshalb einen in diesen Dingen erfahrenen Weichensteller mit der Rangirung. Auf dem todtten Geleise bei dem Pressbod standen bereits zwei Wagen, an welche die beiden anderen herangeschoben werden sollten. Eine Anzahl von Streckenarbeitern, welche um diese Zeit ihre Mittagruhe abhielten, hatten die leeren Wagen zu diesem Zwecke aufgeschoben, der Arbeiter August Böhl aber kam auf den unglücklichen Gedanken, seine Ruhe unter einem der Wagen direkt zwischen den Schienen zu suchen. Von dem Geräusch der angeschobenen Wagen erwachte er; schlaftrunken faßte er mit der einen Hand die Schiene fest, in demselben Augenblick machte der Wagen, unter welchem er lag, in Folge des Anpralles eine Bewegung und das Wagengrad ging ihm über die Hand. Instinktiv faßte der unglückliche Mann nun mit der anderen Hand nach der Schiene, der Wagen machte aber eine kurze Rückwärtsbewegung und auch die andere Hand wurde zerhackt. Dem Bedauernswerthen haben an beiden Händen sämmtliche Finger bis auf die Daumen abgenommen werden müssen, er ist vollständig arbeitsunfähig geworden und bezieht eine lebenslängliche Rente. — Für den Unfall wurde der Angeklagte verantwortlich gemacht. Es wurde ihm vorgeworfen, daß er die Verschlebungsbearbeitung nicht selbst vorgenommen, sondern einen dazu nicht befugten Weichensteller damit betraut habe. Dem Angeklagten und seinem Verteidiger Dr. Crelling gelang aber der Nachweis, daß bei dem umfangreichen Perrondienste, den der Angeklagte auf diesem verkehrreichen Bahnhofe zu versehen hatte, er nur so handeln konnte, wie er gehandelt hat. Es wurde auch festgestellt, daß der Rangirer den Aufenthalt des Verunglückten unter dem Wagen nicht wahrnehmen konnte und so sprach denn der Gerichtshof den Angeklagten frei, indem er annahm, daß der Arbeiter Böhl das traurige Geschick, welches ihn betroffen, seiner eigenen wahnwichtigen Idee zuschreiben habe.

**Auf verurtheilten Mord** lautete die Anklage, welche gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts I gegen den 25jährigen Schlächtergesellen Friedrich Malinski zur Verhandlung gelangte. Es war eine allseitige Liebesgeschichte, welche ihren Abschluß im Gerichtssaale fand. Der Angeklagte arbeitete im vorigen Sommer bei dem Hof-Schlächtermeister Rietisch. Er lernte dort die unverheiratete Emilie Holz kennen, welche in demselben Geschäft als Verkäuferin angestellt war. Es entspann sich ein Liebesverhältnis zwischen den jungen Leuten. Sie versprachen gegenseitig, sich betrauen zu wollen, die Holz that aber den Angeklagten, das Verhältniß so lange geheim zu halten, bis sie sich das Jawort von ihnen in der Provinz lebenden Eltern eingeholt haben würde. Im September wechselte der Angeklagte seine Stellung und in diesem Monate sahen sich die jungen Leute nur selten. Am 30. Oktober erhielt der Angeklagte von seiner Braut einen Brief, worin sie ihm kurz und bündig mittheilte, daß sie gezwungen sei, das Verhältniß mit ihm zu lösen; ihre Eltern hätten davon erfahren und wollten unter keinen Umständen ihre Einwilligung geben. Sie schickte ihren Ring zurück und bat um Auswechslung desselben. Der Angeklagte gerieth durch diesen Sinneswechsel seiner Braut in große Erregung. Er suchte eine Zusammenkunft mit ihr, wobei er drohte, sich erschließen zu wollen, wenn sie sich weigerte, das Verhältniß fortzusetzen. Das Mädchen lachte ihn aus. Am folgenden Tage kaufte der Angeklagte sich einen geladenen Revolver. Er wußte, daß die Holz sich des Abends nach 6 Uhr von der Friedrichstraße nach der in der Wilhelmstraße gelegenen Filiale des Rietisch'schen Geschäfte begab. Am 2. November erwartete er sie zur angegebenen Zeit an der Ecke der Puttkamer- und Wilhelmstraße. Die Holz

fam dieses Begees um 5/4 Uhr. Der Angeklagte begrüßte sie in freundschaftlicher Weise und versuchte wiederum, sie in ihrem Entschlusse wandeln zu machen. Die Holz wandte sich mit den Worten: „Laß mich in Ruh, ich habe keine Zeit“ zum Weitergehen. Nun feuerte der Angeklagte drei Schüsse auf sie ab. Einer traf sie in den Rücken, zwei gingen fehl. Die Holz sank zusammen. Der Angeklagte ging anscheinend ruhig in entgegengesetzter Richtung davon. Während des Gehens hielt er sich den Revolver gegen die Stirn und drückte ab. Dann richtete er die Schußwaffe gegen den Mund, bevor er aber zum zweiten Male abzudrücken vermochte, wurde ihm der Revolver von einem Vorübergehenden entzogen. Die Holz hatte nur eine geringe Verletzung erlitten, da die Kugel die Korsettstange getroffen hatte und dadurch in ihrer Wirkung abgeschwächt worden war. Der Angeklagte bekannte sich schuldig, wollte aber nicht von vornherein die Absicht gehabt haben, die Holz zu tödten. Er habe vielmehr die Absicht gehabt, sich selbst das Leben zu nehmen, habe diesen Entschluß auf freiem Felde zur Ausführung bringen, vorher aber noch den Versuch machen wollen, seine Braut umzustimmen. Als er so schroff abgewiesen wurde, sei ihm jede Selbstbeherrschung verloren gegangen und nur dunkel erinnere er sich der That.

Die Beweisaufnahme war bald erledigt. Staatsanwalt Stachow hielt auf Grund derselben die Anklage aufrecht, die Ueberlegung für erwiesen. Er warnte die Geschworenen, sich durch den Selbstmordversuch des Angeklagten für denselben zur Milde stimmen zu lassen; es sei dies ein in letzterer Zeit häufig angewandtes Mittel der Mörder, die Schwere des Verdicts werde dadurch aber keineswegs gemildert.

Der Verteidiger, Justizrat Loos, suchte den Nachweis zu führen, daß die That ohne Ueberlegung begangen sei. In diesem Sinne lautete auch der Spruch der Geschworenen, worauf der Staatsanwalt wegen der nun vorliegenden versuchten Tödtung eine Zuchthausstrafe von zwei Jahren drei Monaten beantragte.

Das Urtheil lautete nach diesem Antrage.

## Versammlungen.

Eine gut besuchte öffentliche Schneider-Versammlung tagte am 30. Januar. Auf der Tagesordnung stand die Erörterung der Frage: Geben wir zum Frühjahr Forderungen an die Unternehmer zu stellen und welche? Der Kollege August Taterow hob in seinem Referat hervor, daß infolge der horrenden Abzüge, welche überall stattgefunden haben, unter den Schneidern und Schneiderinnen allseitig das Verlangen zum Ausdruck gebracht worden sei, energische Abwehrmaßnahmen zu ergreifen. Die geringste Forderung, welche an das Unternehmertum zu stellen sei, sei die Errichtung von Betriebswerkstätten. Im Einzelnen führte der Redner eine ganze Reihe von Firmen an, welche sich in Lohnabzügen hervorgethan haben. So soll die Firma Solms u. Gussfeld von den Arbeitern ein Pfahlgeld für die eigenen Werkstätten erheben. Bei Haffel u. Müntmann verbiete man den Arbeitern das Biertrinken. Heider u. Jean Jacques hätten Abzüge gemacht, auch dort sei das Biertrinken verboten worden. Lohnabzüge haben nach dem Bericht des Genossen Taterow ferner stattgefunden bei den Firmen M. Levin und Koppel. Ungenügende Werkstätten seien im Kaiserbazar, bei den Firmen Hoffmann, Abraham, sowie bei Rudolf, woselbst das Besen des Fachorgans verboten sei. Bei Landsberger würden den Arbeitern, gleichviel, ob sie viel oder wenig Arbeit bekämen, jede Woche 3 M. Pfahlgeld abgezogen. Auch sonst herrschten dort mancherlei Mißstände. Ferner sei über das Baarenhaus für deutsche Beamte und das Geschäft des Offiziersvereins Klage geführt worden; desgl. über das Baarenhaus „Zum Prophet“. Die Ausführungen des Genossen Taterow wurden zunächst von Schulz ergänzt. Pfeifer gab der Versammlung ein Bild von der Lohnrückerei in den sogenannten Lindengeschäften. Ferner forderte der Redner, daß in jedem Geschäft an zugänglicher Stelle ein Lohnzettel ausgehängt werde. Zum Schluß seiner Ausführungen tabelte der Redner die Arbeitsverhältnisse bei der Firma Rüder. Frau Paulin wies darauf hin, wie gerade im Schneidergewerbe die billige Arbeitskraft der Frau ausgebeutet wird. Timm erklärte, daß angeht die berichteten Lohnabzüge geschäftlich werden müsse. Es sei erklärlich, daß sich zur Vermeidung von Mißregelungen kein Kollege aus den einzelnen Werkstätten zum Wort gemeldet habe. Die Arbeitsverhältnisse bei den einzelnen Firmen müßten daher im engeren Rahmen besprochen werden. Er empfehle daher, Adressen im Restaurant Freygang zu seinen (Timm's) Händen niederzulegen. Nachdem Gedorwsky die Hausarbeiter aufgefordert hatte, im entscheidenden Moment treu zur Sache zu stehen, richtete der Referent denselben Appell an die weiblichen Kollegen. Weiter empfahl Taterow, an einem bestimmten Tage in den verschiedenen Stadtteilen vier öffentliche Schneiderversammlungen abzuhalten, in welchen die Meinung der gesammten Kollegenschaft zur Frage des Streiks zum Ausdruck gebracht werden könne. Die Versammlung nahm sodann einstimmig folgende Resolution an:

Die Versammlung erkennt an, daß die Arbeitsverhältnisse in der Schneiderei in den letzten Jahren bedeutend herabgedrückt sind, und daß namentlich in der augenblicklichen Zeit wirtschaftlichen Niederganges die Lohnrückerei einen Grad erreicht hat, der jeder Beschreibung spottet. Die Versammlung erklärt daher, daß es endlich an der Zeit ist, hiergegen energisch Front zu machen. Die Agitationskommission wird beauftragt, mit den Arbeitern aller Geschäfte wenn möglich zu konferieren, die Mißstände zu ermitteln, deren Beseitigung zu fordern, und die weiteren auszuführenden Schritte einzuleiten. Die Versammlung verspricht, die Konsequenz dieser Agitation tragen zu wollen, und nötigenfalls die gestellten Forderungen mit einem Streik zu erklären.

Unter Verschiedenem wurde die Erneuerung der folgenden Resolution, welche bereits bei früherer Gelegenheit angenommen worden ist, von der Versammlung beschlossen:

„Um die Ausbringung der zur Agitation notwendigen Kosten zu ermöglichen, wird die Agitationskommission beauftragt, von Zeit zu Zeit Vergünstigungen zu veranstalten, und den Ueberschuß zu besagten Zwecken zu verwenden. Die bestehenden Vereine haben diesem Rechnung zu tragen und nach Möglichkeit dahin zu wirken, daß außer den Stiftungseinsten sämtliche Vergünstigungen der Agitationskommission überlassen bleiben.“

Die Kranken- und Sterbekasse der Berliner Hausdiener (S. 61) hielt am 19. d. M. ihre erste diesjährige Generalversammlung ab, in welcher 128 Mitglieder anwesend waren. Nachdem das Protokoll der letzten Versammlung genehmigt, theilte der Vorsitzende mit, daß im letzten Vierteljahr vier Mitglieder gestorben sind, deren Aenderungen die Versammlung durch Erheben von den Plätzen ehrte. Ferner theilte der Vorsitzende mit, daß das Statut von der Behörde genehmigt und den Mitgliedern, soweit deren Wohnungen stimmen, zugestellt sei, die Beiträge seien jetzt wöchentlich und zwar mit 40 Pf. zu entrichten, die Kasse gewährt den Mitgliedern bei erwerbunfähigen Kranken außerdem ein Krankengeld von 10 M. pro Woche. Mitglieder, welche anderweitig schon Arznei und ärztliche Behandlung erhalten, bekommen einen Zuschuß von 5 M. also 15 M. pro Woche; zu erwähnen ist jedoch, daß Einrichtungen, wie Krankenpflege oder Bezirksvereine nicht berücksichtigt werden können, sondern daß nur gesetzlich vorgesehene Kassen in Betracht kommen. Die Mitglieder haben aber durch den Anschluß der Kasse an die Vereinigung freier eingeschriebener Hilfskassen den Vortheil, daß auch den Familienangehörigen Preisermäßigung bei Arzt und Medizin gewährt wird, die Kasse hat ferner keinen Arztzwang, indem der Vereinigung über 150 Ärzte für Berlin zur Verfügung stehen.

Dann gab der Kassirer den Jahresbericht:

Die Einnahme betrug 42251,37 M., die Ausgabe 26922,15 M., mithin verblieb ein Verbleib von 15329,22 M. Nachdem er den Bericht in der ausführlichsten Weise spezialisiert hatte, bemerkte der Kassirer daß 9 Mitglieder im verfloffenen Jahre gestorben sind; ein unbedeutender Prozentsatz ausgeschieden, dagegen ist der Zuwachs seit Neujahrsehrbedeutend, so daß die Kasse gegenwärtig 1277 Mitglieder zählt. Nach erfolgtem Bericht des Ausschusses wurde dem Vorstande Decharge erteilt und dann zur Neuwahl des Vorstandes geschritten. Gewählt wurden die Kollegen Albert Kehler zum Vorsitzenden, Gustav Biederer zum Stellvertreter, Karl Rung zum Schriftführer, Gustav Grauer zum Stellvertreter und August Kuhnke zum Kassirer wiedergewählt. In den Ausschuss wurden gewählt die Kollegen Emil Pucher, Wilhelm Sothmann, Hermann Wolter, Wilhelm Freiberg und Friedrich Hamann. Nachdem wurde das Gehalt für den Kassirer, die Entschädigung der übrigen Vorstandsmitglieder und die Ausgaben des Ausschusses besprochen und blieben die bisherigen Bedingungen bestehen. Abstimmt wurden dem Kassirer ein Monatsgeld von 50 Mark und dem Schriftführer für die Arbeiten der Statutenänderung eine Entschädigung von 10 Mark bewilligt. Ferner wurde auf Antrag des Vorstandes derselbe ermächtigt, das Kassenlokal verlegen zu können, sobald sich herausstellt, daß der Kassirer die ihm jetzt erwachsenen Arbeiten in dem bisherigen Lokale nicht ausführen kann, der Preis hierfür wurde bis auf 20 M. monatlich festgesetzt. Die Versammlung beschloß ferner, daß die Kasse der Vereinigung eingeschriebener Hilfskassen beizutreten hat. Es stehen den Mitgliedern die Rechte dieser Vereinigung bis auf weiteres zur Verfügung. Eine Anregung, ob es zweckmäßig sei, Jahrestellen einzurichten, wurde dahin erledigt, daß der Vorstand diese Sache erst prüfen und der nächsten Vierteljahr-Versammlung Bericht erlaten soll. Nachdem der Fragekasten erledigt und das Protokoll dieser Versammlung genehmigt war, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

In der am 25. Januar abgehaltenen ordentlichen General-Versammlung des Vereins zur Regelung der gewerblichen Verhältnisse der Töpfer Berlins und Umgegend wurde zunächst vom ersten Vorsitzenden Bericht über die Thätigkeit des Vorstandes erstattet, welche, wie man anerkannte, eine bedeutend erfrischendere hätte sein können, wenn der belanglose Streit über die Form der Organisation nicht in jeder Versammlung den größten Theil der Zeit in Anspruch genommen hätte. Dieran schloß sich der Kassirerbericht des Kollegen R. Lopp, nach welchem für das Jahr 1892 an Einnahmen zu verzeichnen waren 9823,07 M. Dazu kam der Kassenbestand von 1891 mit 1894,05 M. Der Gesamtbetrag stellt sich mithin auf 11407,12 M. Ausgaben waren zu verzeichnen für Wanderunterstützung 362,80 M., für Streikunterstützung, mit Ausnahme derselben beim Fensterstreik, 1809 M., für Kranken- und Extra-Unterstützung 1440,50 M., für die Bibliothek 277,85 M., für Rechtschutz 965,04 M., für Gehalt des Vorsitzenden 1753,44 M., für den Gesangverein 307,69 M., für Inserate, Truchfäden und Abonnements 581,05 M., für Agitation und Vorträge 702,63 M., verschiedene Ausgaben 299,82 M., für Vereins- und Schreibeutensilien 74,30 M., Fahr- gelder und Ankosten des Hilfskassirers, sowie Porto des Vorsitzenden und Kassirers und Versammlungsentschädigung 621,83 M., für 4 Trauerzüge à 10 M. = 40 M. Im Ganzen mithin 8736,55 M. Die Bilanz stellt sich wie folgt: Einnahme 9823,07 M., Bestand vom 4. Quartal 1891 1894,05 M., Summa 11407,12 M., Ausgabe 8736,55 M., bleibt Bestand 2670,57 M. Nach erfolgter Entlassung des Kassirers wurde von dem Kollegen Richard Schulz über Rechtschutz berichtet. In der demnächst erfolgten Neuwahl des Vorstandes wurde zum Kassirer und Arbeitsvermittler der Kollege Richard Lopp gewählt; zum ersten Vorsitzenden Kollege Rich. Hagen, zum zweiten Vorsitzenden Hugo David, zum zweiten Kassirer Heinrich Hoffmann, zum ersten Schriftführer (Wiederwahl) W. Dandert, zum zweiten Schriftführer J. Ruprecht. Zu Weisigern wurden die Kollegen Max Jacob, Georg Bolle und Otto Kiemer gewählt; zu Revisoren die Kollegen Ed. David, Aug. Karthau und G. Reuschel. Zur Rechtschutzkommission wurde der Kollege Gust. Meißner hinzugewählt. Die Statutenberathung wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt. Von einem Ausschluß des Kollegen Ebel wurde Abstand genommen, da derselbe sich bereit erklärte, die Schuld abzutragen. Unbegreiflich fand man dagegen das Nichterscheinen des Kollegen Babel, welcher vom Vorstande durch eingeschriebenen Brief, sowie auch auf den Handzetteln eingeladen war, um sich über Verdächtigungen, welche er gegen den Vorstand in Umlauf gesetzt, zu verantworten. Der Ueberschuß vom letzten Vergnügen von 82,20 M. wurde der Vereinskasse überwiesen. Bewilligt wurden auf Antrag des Kollegen C. Thiele den gemäßigten Bergarbeitern des Bochumer und Saar-Revisors je 150 M. und den ausländigen Berliner Korbmachern 100 M.; außerdem sind denselben 100 M. leihweise übermitteln.

Der Hausarbeiter-Verein der Rosenthaler Vorstadt hielt am 22. Januar eine Versammlung ab, in welcher zunächst die Abrechnung vom Oktober vorigen Jahres verlesen und für richtig befunden wurde. Es wurde sodann beschlossen, in Anbetracht der Arbeitslosigkeit die Beiträge für die Monate November, Dezember und Januar bis zum 10. April zu stunden. Der Arbeitsnachweis des Vereins befindet sich bei Mürtner, Ruppinerstr. 1, Ecke Arkonaplatz. Folgender Antrag, welcher in der nächsten Versammlung diskutiert werden soll, wurde dem Vorstand zur Ausarbeitung überwiesen:

Sobald ein Mitglied eine volle Woche krank ist und die Minimal-Krankenunterstützung von wöchentlich 6 Mark gezahlt wird, so ist es für den Monat, in welchen die Krankenwoche fällt, von seinem Beitrag befreit. Sollte die volle Krankenunterstützung (wöchentlich 9 Mark) gezahlt werden, so ist das Mitglied nach zwei vollen Krankenwochen von seinen Beiträgen während der Dauer der Krankheit befreit.

Das Mitglied Karl Diener stattete der Versammlung hierauf seinen Dank für die ihm gewährte Unterstützung ab. Die nächste Versammlung findet am 19. Februar statt.

Die Freie Vereinigung der Zeitung-Expedituren und Verkäufer hielt am 23. Januar ihre Generalversammlung ab. Nach Erledigung innerer Vereinsangelegenheiten wurde beschlossen, die Aufnahme eines neuen Mitgliedes, welches schriftlich um Aufnahme ersucht hatte, solange anzusehen, bis dasselbe sich persönlich in einer der Versammlungen vorgestellt hat. Sodann verlas der Kassirer den Kassenbericht. Danach betrug die Einnahme 435,29 M., die Ausgabe 228,62 M., es verbleibt somit ein Kassenbestand von 206,67 M. Bei der darauf folgenden Neuwahl des Vorstandes wurde Kollege Schäfer zum ersten und F. Lorek zum zweiten Vorsitzenden, Thiel zum ersten, Metz zum zweiten Schriftführer, Schönlein zum ersten, Schmidt zum zweiten Kassirer wiedergewählt. Zu Revisoren wurden die Kollegen W. Schmidt und Kurz gewählt. Im Verschiedenen wurde aufgefordert, recht rege für unsere am 12. Februar in den Armhallen stattfindenden Maskenball zu agitieren, da der Ueberschuß davon den ausgesperrten Bergarbeitern überwiesen werden soll.

In Charlottenburg tagte am 22. Januar eine Mitglieder-versammlung der Central-Krankenkasse der Maurer u. s. w. Grundstein zur Eingkeit. Zu Beginn der Versammlung richtete der Vorsitzende an die Mitglieder die Aufforderung, sich genau über die Aenderungen zu informieren, die mit dem 1. Januar im Statut der Kasse erfolgt sind. Die Abrechnung ergab, daß im 4. Quartal 1892 2707,35 M. eingenommen und 2410,29 M. ausgegeben sind, es betrug somit der baare Kassenbestand am Schluß des Quartals 297,06 M. Im verfloffenen Jahre stellte

sich die Einnahme auf 8851,52 Mark und die Ausgabe auf 8884,46 M. Unter den Einnahmen befinden sich 500 M. Zuschuß der Hauptkasse; unter den Ausgaben 2000 M., welche der Hauptkasse zugefandt worden sind. Zu Beginn des vorigen Jahres zählte die Kasse in Charlottenburg 307, am Schluß des Jahres 329 Mitglieder. Nachdem die Revisoren die Abrechnung bestätigt hatten, wurde dem Kassirer Decharge erteilt. Zum Schluß richtete der Vorsitzende die Aufforderung an die Mitglieder, bei etwaigen Unglücksfällen, für welche die Unfallversicherung lastbar zu machen ist, sich in keiner Weise durch Zuwendung leichter Arbeit behörden zu lassen, in solcher Lage hätten die Mitglieder vielmehr ganz energisch ihre Rechte zu wahren, wenn sie sich vor dauerndem Nachtheil hätten wollten.

## Vermischtes.

Aus Halle, 31. Januar, wird berichtet: In Rietleben sind weder Neuerkrankungen noch Todesfälle an Cholera vorgekommen. Dagegen sind in Köllwitz bei Halle mehrere Mitglieder einer Familie erkrankt, bei einem Kranken ist bereits asiatische Cholera festgestellt. Auch in diesem Falle handelt es sich um mißbräuchliche Verwendung von Saalewasser. Weitere Erkrankungen oder Todesfälle werden aus dem Saalekreise nicht gemeldet.

## Depeschen.

(Depeschen des Bureau Herald.)

Wreslau, 31. Januar. Die Teilnehmer an der Versammlung der Arbeitslosen zogen heute Nachmittag um 5 Uhr geschlossen auf den Ring, Hunger! rufend. Der Versuch ins Rathaus zu bringen, wurde vereitelt und die Menge zerstreut.

Wien, 31. Januar. Nach der „Neuen Freien Presse“ wurden bei dem Sekretär eines Bukarester Hotels Briefe Artons gefunden, welcher vor zwei Wochen dort gewest und sich den Nachforschungen der Pariser Polizisten entzogen habe.

Brüssel, 31. Januar. Der Gemeinderath votierte 20000 Fr. für die Arbeitslosen. — Eine Deputation von Arbeitslosen wird am Mittwoch vom Minister des Innern empfangen werden.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

London, 31. Januar. Eine auf Tower-Hill heute Nachmittag abgehaltene Versammlung von Arbeitslosen nahm eine Resolution an, in welcher die Entzückung darüber ausgesprochen wird, daß die liberale Regierung sich weigere, einen friedlichen Auszug der Arbeitslosen zu gestatten; ferner werden in der Resolution die Arbeiterverbände aufgefordert, baldigst einen Massen-auszug zu veranstalten. Die Arbeitslosen zogen hierauf in einer Stärke von etwa 2000 Mann trotz des polizeilichen Verbot und des Abstrahens der Arbeiterführer von Tower-Hill durch die City nach dem Parlamentsgebäude. Die Polizei zerstreute die Manifestanten und nahm mehrere Verhaftungen vor; es kam wiederholt zu einem Handgemenge. Die Menge zog alsdann nach Trafalgar Square; die Polizei verhinderte jedoch die Ansammlung auch dort.

## Briefkasten der Redaktion.

H. W., Rigdort. Bitte um die Statuten übermitteln und dann gelegentlich Mittags zwischen 12 und 1 vorprechen zu wollen. Ohne genaue Kenntniß der Statuten ist die Frage unmöglich zu beantworten.

L. S. und V. W. 100. 1. Sie müssen vertragmäßig zahlen, sonst kann der Birth sofort von der vertragmäßigen Klausel Gebrauch machen. 2. Der Hauswirth muß die Treppen, auch wenn das Gas gestoren ist, erleuchten: Petroleum, Spiritus, Kerzen u. erhellten auch. 3. Den Anzug müssen Sie zahlen. C. Meng. P. ist nicht mehr in Berlin.

Carl Schröder, Schaupwirth. Sie haben bei uns ein Attestat liegen lassen.

Anonymus. Sie müssen sich an das Gericht behufs Festsetzung der Kosten wenden, erst auf Grund des Gerichtsbeschlusses können Sie einen Gerichtsvollzieher beauftragen. Ob der Ehemann haftet, ist eine beschränkte Frage. Jedenfalls müssen Sie ihn nach fruchtloser Pändung gegen die Frau erst verklagen.

G. S. 93. Die Steuererhebung ist wiederholt geändert; welche Art Steuer meinen Sie?

W. W. 88. 1. Wenn Sie vielleicht durch Schreib-Sachverständige den Beweis führen können, von wem die Postkarte geschrieben ist, so können Sie gegen den Schreiber die Beleidigungsklage erheben. Der Beweis ist aber sehr schwer zu führen; es empfiehlt sich deshalb wohl, die anonyme Karte dahin zu werfen, wohin Lumpenfabrikate gehören, und dem oder der Schreiberin nicht das Vergnügen zu bereiten, ihren Zweck (Sie zu kränken) erfüllt zu sehen. 2. In dem Prozeß wegen der 20 Mark würde es voraussichtlich von einem Eide Ihres Bruders, ob er das Geld empfangen hat, abhängen, ob Sie abgewiesen oder er verurtheilt wird.

Georg V., Lieberkranke. Ob die Waars vorchriftsmäßig oder nicht, wird ein Sachverständiger auf Grund der Vorlage einer Probe unter Berücksichtigung der Vertragsvereinbarung in erster Reihe zu beurtheilen haben. Die Jurisdiktionstellung erscheint rechtzeitig. Die Erhebung der Klage ist von viel tatsächlichen Fragen abhängig, daher zweifelhaft.

Johannes G. Die Frau haftet.

L., Charlottenburg. Nur der Grundstückseigenthümer und die Gläubiger, nicht aber der Miether, hat im Fall gerichtlichen Hausverkaufs das Recht auf vorzeitige Kündigung. Da diese nicht erfolgt ist, läuft der Vertrag weiter.

H. S. Die Expedituren müssen verschären.

H. Scholz 34. Auf Ratenzahlungen braucht sich der Gläubiger nicht einzulassen; versuchen Sie im Wege der Güte sich mit ihm zu einigen, damit die Kosten nicht noch höher als das Streitobjekt werden.

C. O. R. L. 34. So lange die Armenunterstützung nicht zurückgezahlt wird, ist der Betreffende nicht wahlberechtigt.

H. Schül. Verzöhrt ist die Forderung nicht; Sie sind zur Rückgabe eont. Ersatz des Fasses verpflichtet, wenn Sie dasselbe benutzt oder hinter sich haben.

Julius V. Leider nein.

H. 1000. Der Erfolg einer Beleidigungsklage wäre so zweifelhaft, daß wir abrathen.

Vertichtigung. In der Sonntagsnummer ist im Artikel „Die Gottlästerung“ (2. Beilage „Soziale Uebersicht“) Zeile 6 von unten zu lesen „Stifter“ anstatt „Richter“.

## Briefkasten der Expedition.

Für die Bergarbeiter gingen ferner ein: Männer-Gesangverein „Liedertut“ eine Wurst in Dahlem (Dominium) verankert 12,80. Ro. Kr. Schl. 3,50. Rauchklub „Nanon II“ 10.—. Gesammt am Stammlich Straußbergerstraße 23 2.—. Fachverein der Tischler Berlins 150.—. Von den Genossen aus Hohenheim Ernstthal 20.—. Vom Verein der Steinhauer Berlins und Umgegend 14,75. Von den Holzwärnern des Westens 17,10 M. Summa 229,95 M. Bereits quittirt 8191,95 M.; in Summa 8421,90 M.